

alte Landesregierung mit fünf Caterern im Land Nordrhein-Westfalen Verpflegungsverträge für die Beamtinnen und Beamten im Einsatz abgeschlossen hat. Drei erfüllen diese Aufgabe beanstandungsfrei. Die beiden Caterer, bei denen die Verpflegung qualitativ nicht in Ordnung war, wurden abgemahnt und fristlos gekündigt. Wir finden rechtsverbindliche Verträge vor, aus denen wir nicht mal so eben aussteigen können.

Von Berufsverbänden und Gewerkschaften wird der Wunsch an mich herangetragen, zu den Zeiten zurückzukehren, in denen die Polizeiküchen die Verpflegung selbst übernommen haben. Das mag wünschenswert sein. Aber wir haben eine Situation vorgefunden, in der es die Philosophie „Privat vor Staat“ gab. Diese Privatisierung der Küchen war nicht billiger. Wir müssen jedoch auch feststellen, dass eine Wiederherstellung einen Aufwand in Millionenhöhe bedeuten würde. Dies ist gegenüber dem Steuerzahler nicht begründbar. Man muss einen vernünftigen Weg gehen. Einen vernünftigen Weg haben wir skizziert, indem wir zwei Caterern gekündigt haben. Die Behörden sind dort wieder selbst in der Verantwortung – das wollen sie auch –, für die Verpflegung der Beamtinnen und Beamten im Einsatz zu sorgen. Das tun sie sehr flexibel und sehr kreativ mithilfe von Wohlfahrtsverbänden, Ausbildungsküchen und Ähnlichem. Das gelingt auf einem qualitativ außerordentlich hohen Niveau. Ich habe keine Sorge, dass da etwas nicht so läuft, wie es laufen sollte.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen will – neben den Asylbewerberzahlen, die so stark steigen, dass wir im Einzelplan 03 die dafür erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel haben vorsehen müssen –, ist mir sehr wichtig. Wenn wir schon innenpolitische Themen behandeln, anstatt eine Haushaltsberatung zu führen – was ich außerordentlich begrüße –, dann müssen Sie verstehen, Herr Engel, dass ich auch diesen Punkt anspreche.

Sie sagen zu Recht, wir dürften in dieser Gesellschaft an keiner Stelle rechtsfreie Räume dulden. In der Tat gab es wahrscheinlich schon immer Quartiere und Wohnviertel und gibt es sie noch, wo die Polizei nur mit starker Präsenz ihre hoheitlichen Aufgaben erfüllen kann. Wenn wir uns aber über diesen Grundsatz einig sind, dann darf auch der gesellschaftliche Bereich, der eine immer größere Bedeutung gewinnt, kein rechtsfreier Raum sein: das Internet. Was früher die Beleidigung am Gartenzaun war, ist heute die Beleidigung in Blogs. Was früher der Betrug beim Haustürverkauf war, ist heute der Betrug bei Ebay. Meine Damen und Herren, wenn wir doch wissen, dass allein in diesem Segment der Straftaten von 2009 auf 2010 eine Steigerungsrate von 27 % zu verzeichnen war, dann wissen wir auch, dass da Handlungsbedarf besteht.

Und jetzt komme ich dazu, dass Sie zu Recht formulieren, dass eine Polizei in der Lage sein muss,

eine solche Entwicklung aufzugreifen und ihr zu begegnen. Aber dann, Herr Engel, muss man ihr auch die Mittel dazu an die Hand geben. Das geht nicht nach dem Motto: Management by Terror, Ziele vorgeben, Mittel verweigern. – Wenn wir wirksame Strafverfolgung bei schwersten Straftaten im Internet erreichen wollen, gehört dazu auch eine Mindestspeicherdauer. Wir brauchen den Zugriff auf Verkehrsdaten, um beispielsweise im Rahmen der organisierten Kriminalität oder bei der Verbreitung von Kinderpornografie Täter zu ermitteln und Opfer zu schützen. Hinter jedem Bild, das da verschickt wird, steht ein missbrauchtes Kind. Wenn wir diese Verkehrsdaten nicht zur Verfügung haben, werden schwerste Straftaten – allein in Nordrhein-Westfalen waren es im letzten Jahr 170 im Bereich der Kinderpornografie – nicht mehr zu verfolgen sein.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich als Innenminister dem Parlament, in dem es unterschiedliche Haltungen zu diesem Thema gibt, sage: Wir müssen uns in dieser Gesellschaft zu einer Position durchringen, damit in einer Abwägung zwischen Bürgerrechten und Datenschutz auf der einen Seite und dem Recht der Bürgerinnen und Bürger auf die Verfolgung insbesondere schwerster Straftaten auf der anderen Seite die Ermittlungsbehörden, insbesondere die Polizei, ausreichende Mittel dazu zur Verfügung haben. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Monaten parteipolitisch zusammenkommen, um zu einer Lösung zu gelangen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Auf der Rednerliste habe ich als Nächste Frau Conrads für die Fraktion Die Linke. Sie möchte aber nicht mehr sprechen. – Ich habe keine weiteren Rednerinnen und Redner auf der Liste. Wir sind damit am Ende der Beratung.

Die Abstimmung über diesen Einzelplan findet nach 14 Uhr statt. Das ist zwischen allen Fraktionen und dem Präsidenten dieses Hauses vereinbart.

Ich rufe daher nun auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1702 hin und eröffne die Beratung für den

Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Zunächst meldet sich zu diesem Punkt für die CDU-Fraktion Herr Laschet zu Wort.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist der erste Haushalt über den Etat der Ministerpräsidentin, den diese alleine zu verantworten hat. Deshalb gibt dieser Haushalt der Ministerpräsidentin zugleich die Gelegenheit, Bilanz über das zu ziehen, was als Arbeit der Staatskanzlei in der Regierungserklärung angekündigt wurde und was heute, knapp ein Jahr nach der Landtagswahl, daraus geworden ist.

Persönlich beeindruckt – das kann ich zu Beginn gerne sagen – haben mich in den Sondierungsgesprächen die Ideen der Ministerpräsidentin, die gesagt hat, sie wolle einen neuen Stil des Regierens, sie habe eine andere Art von Politik, sie spreche die Dinge klar auf den Punkt aus. Das hat auch gleich Einzug in die Regierungserklärung gehalten, in der unmittelbar nach den ersten Sätzen das Kapitel kam: Ein neuer Stil des Regierens – Eine neue Chance für unsere Demokratie. Danach sieht die Landesregierung eine Chance in der Minderheitssituation, dass das Parlament stärker beteiligt werde. Sie meint, dass man durch diese neue Methodik die Chance habe, bei den Bürgerinnen und Bürgern Respekt, Anerkennung und Zustimmung zu erwerben. Regierung und Opposition würden gleichermaßen daran gemessen, ob sie Kompetenz und Können hätten.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Lieber Kollege Priggen, vielen Dank für diesen einsamen Beifall. Aber ich werde Ihnen im Laufe meiner Rede zeigen, dass diese Kompetenz bei der Regierung nicht da ist und dass Ihnen die Opposition bei den Kernthemen, um die es geht, geholfen hat, die Anerkennung der Bürger zu finden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich fange mal mit dem Nachtragshaushalt wenige Wochen nach der Regierungsübernahme an. Es gibt eine klare Verfassungslage zum Haushalt. Die Ministerpräsidentin kennt die, weil sie deswegen als Oppositionschefin häufig nach Münster gezogen ist und dort sogar zum Teil erfolgreich war. Deshalb weiß sie auch genau, wie es um unsere Verfassung bestellt ist.

Dies alles außer Acht lassend, hat sie Schulden zum Staatsprinzip erklärt. Die Schulden im laufenden Haushaltsjahr seien der Einstieg in eine sozial richtige, nachhaltige Schuldenpolitik. – So hat sie in Siegen gesprochen. Als Bundesratspräsidentin hat sie erklärt, dass neue Schulden quasi das Ziel einer sozial präventiven Politik seien. Aber als der Kollege der Linken eben gesagt hat, sie wollten 2 Milliarden € mehr ausgeben, hat der Kollege der Grünen Die Linke kritisiert. Ich sage: Die Linke hat damit eigentlich nur das wörtlich genommen, was Frau Kraft seit zehn Monaten tagtäglich erklärt:

(Beifall von der CDU und von der FDP)

die Idee, mehr Schulden seien gut für das Land; je mehr Schulden, desto besser für die Bildung der Kinder. – Das war der Ansatzpunkt, mit dem man über Wochen durch das Land gezogen ist.

Daraufhin hat diese Opposition – wenn es darum geht, dass die Bürger messen, wer über Kompetenz und Können verfügt – durch ihre Klage beim Landesverfassungsgericht erreicht, dass für das Jahr 2010 nicht 3,4 Milliarden € neue Schulden aufgenommen wurden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Jeder Einzelne dieser 80 Abgeordneten, die diese Klage erhoben haben, hat dem Land 42,5 Millionen € erspart.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Jeder Einzelne kann in seinem Wahlkreis sagen: Ich habe dem Land für fünf Jahre schon 42,5 Millionen € erspart.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist Kompetenz und Können. Was Sie gemacht haben, war nicht Kompetenz und Können.

(Heike Gebhard [SPD]: Sie übernehmen auch das Risiko für die WestLB!)

Ich komme zu einem zweiten Vorgang, an dem ich Ihnen – gerade im Bereich der Staatskanzlei – aufzeigen will, wieso Kompetenz und Können auf den beiden Seiten dieses Hauses ungleich verteilt sind. Der Abgeordnete Markert stellt eine Kleine Anfrage. In dieser Kleinen Anfrage liegt ein dramatischer Vorgang. Er beschreibt, dass es für Mensch und Umwelt hoch gefährliche ionisierende Strahlung, Alpha-, Beta- oder Gamma-Strahlung, gibt und dass aus diesem Material potenziell schmutzige Bomben gebaut werden können. Deshalb will er von der Landesregierung wissen, wo angeblich 2.285 Brennelementekugeln geblieben sind.

Ein solcher Vorgang trifft in der Staatskanzlei ein. Wenn die Staatskanzlei funktionieren würde, wenn man dort Kompetenz und Können hätte, würde man nicht vier Wochen warten, bis man dem Parlament die Antwort gibt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dann müsste der Sachbearbeiter sofort zum Chef der Staatskanzlei und dieser zur Ministerpräsidentin marschieren und sagen: Da liegt Material, aus dem man – wie Herr Markert sagt – schmutzige Bomben bauen kann, und wir wissen nicht, wo das ist.

Diese Sensibilität gibt es unter dieser Ministerpräsidentin nicht.

(Heike Gebhard [SPD]: Sie haben die Tagesordnung falsch verstanden! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist nicht das Thema!)

– Das Thema ist der Etat der Staatskanzlei. Dieses Parlament misst: Wie ist die Politik der Staatskanzlei? Arbeitet die gut? Hat die das Geld verdient?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Aber sie hat bei diesem Thema versagt.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist die Ministerpräsidentin eigentlich? – Serdar Yüksel [SPD]: Thema verfehlt! Haushalt ist das Thema!)

– Wenn es um den Haushalt der Ministerpräsidentin geht, wäre es gut, wenn die Ministerpräsidentin hier wäre.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist ein weiterer Beleg für diese Riesendifferenz. „Das Parlament wird wichtig“ hat sie gesagt – aber bei ihrem eigenen Etat hält sie es nicht für nötig, im Parlament zu sein. So ist die Lage!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Staatskanzlei versteht offenbar nicht, wer zuständig ist, obwohl Herr Markert das in seiner Anfrage beschrieben hat: „die im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr angesiedelte Atomaufsicht“. Er schreibt es Ihnen sogar in die Anfrage! Und Sie schicken den Vorgang an die Wissenschaftsministerin, die sich doch mal damit befassen soll. Das tut die dann auch in ihrer allseits anerkannten Kompetenz.

(Lachen von der CDU)

Sie sagt, die Kugeln liegen möglicherweise in Asse. Dazu gibt sie noch eine Pressemitteilung heraus. – Dann müsste der Regierungssprecher eine solche Pressemitteilung stoppen. Bei uns haben Regierungssprecher die Pressemitteilungen der Häuser gelesen, um zu gucken, ob die Haltung der Landesregierung kohärent ist. Das ist diesem Fall nicht gemacht worden.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Mit Blick auf den Anspruch in der Regierungserklärung, dass die Bürger Respekt, Anerkennung und Zustimmung messen, kann man sagen: Auch hier hat die Opposition den Punkt gemacht. Norbert Röttgen hat, nachdem er davon erfahren hat, unverzüglich gehandelt. Er hat die zuständigen Beamten unseres Landesministeriums einbestellt – und die Sache war geklärt.

(Lachen von der SPD)

Die Kompetenz ist hier eben nicht da. Das hätte die Ministerpräsidentin drei Wochen vorher machen können: einfach einmal mit der Atomaufsicht reden, ob da eventuell Material für schmutzige Bomben herumliegt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist ein Thema, das die Leute im Moment bewegt. Das kann man doch nicht auf den langen Dienstweg schieben.

(Beifall von der CDU)

Ein drittes Thema – auch da Chaos innerhalb der Staatskanzlei – ist das Klimaschutzgesetz. Die Ministerpräsidentin hat in der Regierungserklärung angekündigt, bis zum Jahr 2050 den Klimaausstoß in Nordrhein-Westfalen um 80 bis 90 % zu vermindern. Sie verhandeln seit Monaten. Jetzt ist der Wirtschaftsminister wach geworden.

(Zuruf von der CDU: Ist das so?)

Aber man kommt nicht zu einem Ergebnis, das Frau Kraft schon vor vielen Monaten hier im Parlament als Ziel verkündet hat.

Letztes Beispiel – man hat gar nicht so viel Redezeit, um all diese Pannen alle aufzuzählen –:

(Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Jeder normale Mensch, jeder Jurastudent lernt, dass für wichtige Dinge Gesetze erforderlich sind. Man kann die Schulpolitik nicht per Schulversuch aus dem Ärmel schütteln. Exakt das haben Sie gestern vom Gericht bestätigt bekommen.

Dass Sie jetzt sagen, das Urteil des Verwaltungsgerichts Arnsberg ist das Gleiche wie das des Verwaltungsgerichts Aachen, zeigt erneut, dass Sie das nicht verstanden haben. In Aachen hat das Kolleg Steinfeld, eine einzelne Schule, geklagt; in diesem Fall aber fragen Kommunen, was mit ihren Rechten ist. Das alles wird missachtet. Man geht jetzt zum Oberverwaltungsgericht. Aber die Grundwahrheit, über die es hier sogar Konsens gäbe, weil wir Ihnen angeboten haben, gemeinsam für Schulfrieden zu sorgen, missachten Sie. Sie schaffen einfach im Rahmen des normalen Verwaltungshandelns eine neue Schulform, die Sie selbst in Ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben.

Meine Damen und Herren, Schiller und Goethe haben 1799 gemeinsam ein Buch geschrieben, das „Über den Dilettantismus“ heißt. Ich zitiere einmal aus diesem schönen Buch. Da sagen sie, im Gegensatz zum wahren Künstler scheue der Dilettant das Gründliche. Er überspringe die Erlernung notwendiger Kenntnisse, um zur Ausübung zu gelangen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Da wissen Sie ja, wovon Sie reden!)

Meine Damen und Herren, genau das erleben wir im Moment. Sie haben gute Finanzbeamte, die Ihnen sagen können, dass das verfassungswidrig war. Sie haben sicher auch im Schulministerium gute Juristen, die wissen, wie man Schulgesetze macht. Sie haben eine exzellente Atomaufsicht, die Sie durch dieses Dilettieren bundesweit bloßgestellt haben.

Deshalb: Liebe Frau Ministerpräsidentin – in Abwesenheit; grüßen Sie sie schön –, bringen Sie die Staatskanzlei, bringen Sie Ihren Laden in Ordnung, dann haben Sie bei künftigen Entscheidungen der Bürger auch Anerkennung und Respekt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Prof. Dr. Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Laschet, ich fühlte mich gerade spontan an das Höhlengleichnis bei Platon erinnert.

(Heiterkeit von der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie das kennen: Sie sitzen offensichtlich bei Feuerschein in einer Höhle, sehen Schatten an der Wand, die Schatten der Opposition – ich kann auch sagen: die Opposition ist nur noch ein Schatten –, und halten das für die Wirklichkeit. Mit der Realität im Land hatte das gerade ganz wenig zu tun.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es ist in der Tat der erste Haushalt der rot-grünen Landesregierung. Da bietet es sich an, gerade an den Einzelplan der Ministerpräsidentin etwas genereller heranzugehen. Ich will das auch tun. Allerdings will ich einen Vergleich mit den Anfängen von Schwarz-Gelb 2005 anstellen.

Wir erinnern uns noch an den Start der Regierung von Dr. Jürgen Rüttgers, an die Umgestaltungen und Personalveränderungen in der Staatskanzlei, an die Diskussionen um die Planung einer Imagekampagne, an die zahlreichen aufwändigen Repräsentationsveranstaltungen und schließlich an das bittere Ende, die Sponsoringaffäre.

Der Start der rot-grünen Landesregierung verlief ganz anders. Sie haben ja selbst auf die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin hingewiesen. Hier stehen der Respekt vor den Bürgern, die Nähe zu den Menschen und Augenmaß im Handeln im Vordergrund. Wir wollen nicht nur einen Politikwechsel, über den wir in den Beratungen der vielen anderen Einzelpläne – den Schulbereich haben Sie gerade angesprochen – noch diskutieren werden, sondern wir wollen auch einen Wechsel des Regierungsstils. Ich biete Ihnen einmal einen Faktencheck für den Einzelplan 02 an.

Nehmen wir den ersten Punkt: Personalentwicklung. Im Unterschied zu Ihren Umgestaltungsversuchen 2005 ist die Anzahl der Planstellen stabil geblieben und gehen die Personalausgaben sogar leicht zurück. Wie sieht es mit den Ausgaben insgesamt aus? Lassen wir einmal die verschiedenen

Umressortierungen beiseite, die 2005 und 2010 stattgefunden haben – die müssen wir ja herausrechnen –, dann können wir feststellen: Gegenüber den Steigerungsraten von Schwarz-Gelb in der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Steigerung halbiert. Es gibt also eine sehr viel stetigere, langsamere Entwicklung der Ausgaben im Einzelplan 02.

Aber es gibt auch Kürzungen und Umschichtungen, gerade in dem Bereich, der von dem früheren Ministerpräsidenten so extensiv betrieben worden ist, also bei Kongressen und Symposien. Hier sind 500.000 € umgeschichtet und mit der Ergänzungsvorlage noch einmal 175.000 € eingespart worden. Auch die Ausgaben für Beratung sind mit der Ergänzungsvorlage um 120.000 € gekürzt worden.

Es ist richtig: Wir haben Geld umgeschichtet – weil wir andere Schwerpunkte setzen, weil die Staatskanzlei, die Ministerpräsidentin im Sinne ihres anderen Regierungsstils andere Schwerpunkte setzt. Das betrifft unter anderem die „TatKraft-Tour“, über die im Hauptausschuss schon intensiv diskutiert worden ist. Offensichtlich ist das einer der wenigen Angriffspunkte – abgesehen von den ganz allgemeinen Bemerkungen, die Sie gerade gemacht haben –, die die Opposition finden kann.

Auch hier ein Vergleich zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün, also zwischen „TatKraft-Tour“ und Petersberger Convention, an dem die Unterschiede im Regierungshandeln und in der Effizienz der Staatskanzlei sehr deutlich werden: Bei der „TatKraft-Tour“ hatten wir bisher fünf Veranstaltungen mit ca. 180 bis 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und doch sehr begrenzten Kosten, während die Petersberger Convention im Jahr 2009 eine prunkvolle Veranstaltung auf dem Petersberg mit 1.000 Teilnehmern und Kosten von 536.234 € war. Daran kann man sehr gut die Unterschiede im Regierungshandeln und im Verständnis sehen.

Mein Eindruck ist, dass auch Sie der Meinung sind – Herr Laumann hat sich im Hauptausschuss auch so geäußert –, dass diese Aktion der Ministerpräsidentin, die Bürger anzusprechen und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, eigentlich eine gute Idee ist. Was Sie wohl bedauern, ist, dass diese Idee nicht von der CDU kommt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Dass sie vorher von der Partei finanziert wurde!)

– Sie hat jetzt einen ganz anderen Charakter gewonnen, Herr Laumann.

(Zurufe von der CDU)

Dann ist von CDU und FDP eigenartigerweise der Antrag gestellt worden, in diesem Bereich 500.000 € zu kürzen – also genau das Geld, das Herr Rüttgers für aufwändige, repräsentative Veranstaltungen ausgegeben hat. Die Linke hat beantragt, in diesem Bereich 250.000 € zu streichen. Im Haushalt- und

Finanzausschuss hat sich da eine unheilige Allianz aus CDU, FDP und Linker gebildet.

Ich fordere Sie auf: Stellen Sie den ursprünglichen Ansatz wieder her! Ermöglichen Sie eine Politik, die durch Augenmaß und Bürgernähe gekennzeichnet ist! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bovermann. – Ein Antrag zur Geschäftsordnung? – Bitte schön, Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Ich darf im Namen der CDU- und der FDP-Landtagsfraktion den Geschäftsordnungsantrag vortragen, die Ministerpräsidentin zu den Beratungen ihres eigenen Einzelplans herbeizuzitieren.

(Beifall von der FDP, von der CDU und von der LINKEN)

Ich möchte das auch begründen. Wir haben eine Abwesenheitsmeldung der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung bekommen. Darin ist die Ministerpräsidentin für diesen Tag und für diesen Zeitraum nicht als abwesend vermerkt. Es geht hier um viele Fragen, die ausdrücklich ihr eigenes Handeln, die Führung ihres Hauses betreffen. Wir erwarten von der für diesen Zeitraum nicht entschuldigten Ministerpräsidentin, dass sie sich dieser Debatte, wie vom Redner Armin Laschet eben vortragen, im Parlament stellt. Haushaltsberatungen sind das Königsrecht der Opposition.

Wir möchten darüber nicht streitig abstimmen. Die Landesregierung möchte bitte sicherstellen, dass die Ministerpräsidentin an den Beratungen über ihren eigenen Haushaltsplan im Parlament teilnimmt. Das ist das, was wir bei den Ankündigungen, das Parlament im Dialog ernst zu nehmen, jetzt auch erwarten.

(Beifall von der FDP, von der CDU und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für eine Gegenrede hat sich Frau Kollegin Altenkamp gemeldet. Frau Altenkamp, Sie haben das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Kollege Witzel! Meine Damen und Herren! Sie haben nach § 61 Abs. 1 und 2 natürlich das Recht, die Ministerpräsidentin hierher zu zitieren. Allerdings ist zurzeit anwesend die Ministerin Angelica Schwall-Düren.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betritt den Saal. – Zuruf von der SPD: Da ist sie schon!)

Sie können die Beauftragte oder ein Mitglied der Landesregierung zitieren. Ministerin Schwall-Düren ist die beauftragte Ministerin in der Staatskanzlei, die hierzu redet. Deshalb, meine Damen und Herren, ist das, was Sie hier jetzt machen, natürlich etwas für die Galerie – die Ministerpräsidentin ist im Übrigen inzwischen auch im Saal.

Aber, meine Damen und Herren, Sie sollten wenigstens so ehrlich sein, einzugestehen, dass Ihr ehemaliger Ministerpräsident, Dr. Jürgen Rüttgers, nicht einer einzigen – nicht einer einzigen! – zweiten Lesung eines Haushalts jemals beigewohnt hat – inklusive seines eigenen Haushalts.

(Beifall von der SPD – Theo Kruse [CDU]: Das ist einfach falsch!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist das, was Sie hier tun, ein Recht der Opposition. Das sei Ihnen zugestanden. Aber ich sage Ihnen auch ganz offen:

(Zuruf von der CDU)

Sie haben hier die Beauftragte der Landesregierung, die zu diesem Einzelplan reden soll. Wenn Ihnen das nicht reicht, dann ist das so. Aber ich finde Ihr Verhalten hier überaus peinlich. Denn, um die Geschäftsordnung genau zu nehmen, hätten Sie einen entsprechenden Antrag gleich nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes einbringen müssen. Da war Ihnen diese Frage aber wohl nicht so wichtig; sprich: Es geht Ihnen um die Galerie. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerpräsidentin Kraft um das Wort gebeten. Bitte schön.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Werte Herren Kollegen und Damen Kolleginnen! Ich möchte Ihnen, damit Sie darüber informiert sind, gerne mitteilen, dass ich gerade ein sehr wichtiges Telefongespräch in Sachen WestLB geführt habe und deshalb dem Beginn dieser Debatte leider nicht beiwohnen konnte. Ich bitte dies zu entschuldigen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut. – Die Ministerpräsidentin ist jetzt anwesend. Jetzt müsste ich über den Antrag abstimmen lassen. Ich glaube aber, das können wir uns nun sparen. Gibt es jemanden, der dies anders sieht? – Dies ist nun geklärt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen nun zum nächsten Redner. Wir sind immer noch beim Einzelplan 02, Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei.

Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Ministerpräsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist schon eine merkwürdige Debatte, Herr Kollege Laschet. Ich habe gedacht, Sie würden zum Einzelplan 02 reden.

(Zuruf von der FDP: Hat er ja auch!)

– Ich bitte Sie! Ich habe die ganze Zeit im Saal gesessen und zugehört. Das war eine Bewerbungsrede für den Deutschen Kleinkunstpreis und keine Rede zum Einzelplan 02.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben, wenn Sie über die Staatskanzlei reden, allen Grund, ganz, ganz vorsichtig zu sein. Sie haben der vorigen Landesregierung in den letzten fünf Jahren angehört. Wenn es neben Einzelthemen einen Anlass gab, bei irgendeinem Haus selbst die Schuld zu suchen und darüber zu reden, was Sie gemacht haben, was Sie falsch gemacht haben und warum Sie die Quittung bekommen haben, dann war das Ihr Missmanagement in der Staatskanzlei. Ich könnte Ihnen Namen nennen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir könnten das alles belegen.

Wir kommen gleich zu einem Punkt, an dem der Kulturunterschied deutlich wird: Im Gegensatz zu dieser Regierung haben Sie damals als Allererstes die Staatskanzlei mit Personal aufgebläht. Sie haben etwa 30 neue Personalstellen geschaffen, die alle hochdekoriert waren, was später zu dem Problem führte, dass hinterher alle diese Mitarbeiter irgendwo untergebracht werden mussten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Die neue Landesregierung hat hingegen nicht auch nur eine einzige zusätzliche Stelle in der Staatskanzlei geschaffen. Das ist einer der Unterschiede.

(Zuruf von der CDU)

Herr Kollege Laschet, Sie haben auch überhaupt keinen Anlass, in Sachen Verfassungsgericht und in Bewertung dessen, was insofern passiert ist, in triumphierender Weise aufzutreten.

Ich habe es in der Haushaltsrede beim letzten Mal schon gesagt, und es ist richtig: Beim Nachtragshaushalt hat uns das Verfassungsgericht ein Urteil ins Stammbuch geschrieben – so, wie auch Ihnen vor fünf Jahren ein entsprechendes Urteil ins Stammbuch geschrieben wurde. Denn es ist durchaus übliches politisches Handeln, die Beratungen zum ersten Haushalt zur Schlussabrechnung mit der Vorgängerregierung zu machen. Vor fünf Jahren haben Sie das probiert; damals ist die SPD vor das Verfassungsgericht gegangen und hat erfolg-

reich geklagt. Jetzt haben Sie es so gemacht. Wir haben das zur Kenntnis genommen und haben entsprechend nachgesteuert.

Wenn Sie sich jetzt aber die Verbesserungen auf Ihre Fahnen schreiben wollen, dann müssen Sie so ehrlich sein und einräumen, dass die momentane wirtschaftliche Entwicklung in Bezug auf die Einnahmesteigerungen außerordentlich gut ist. Darüber sollten wir uns alle freuen. Sie machen den Löwenanteil bei den Einsparungen aus.

Das andere ist – die Ministerpräsidentin hat es eben bereits angesprochen – die „Heldentat“, 1,3 Milliarden € aus den Rückstellungen der WestLB zu streichen. Das ist – das wissen Sie besser als fast jeder andere im Saal – ein Sieg, der nur von ganz kurzer Dauer sein wird.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Denn wir wissen alle: Wir wären froh, wenn es auf die 1,3 Milliarden € hinauslaufen würde. Das Ganze kann aber noch wesentlich teurer werden. Insofern ist es doch auch ein ganz bisschen dünn, dies als „Erfolg“ den klagenden Kollegen zuzurechnen.

Wenn ich mir das Gesamtsaldo Ihrer fünf Jahre dauernden Regierungszeit anschau, stelle ich fest: Sie wurden zehn Mal vor dem Verfassungsgericht beklagt, haben in neun von diesen zehn Fällen verloren und nur einmal gewonnen. Ich wäre also auch da vorsichtig. So gut und so erfolgreich ist diese Bilanz nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich würde nun trotzdem gerne zu einigen Punkten im Einzelplan 02 kommen. Im Einzelplan 02 sind erhebliche Strukturänderungen vorgenommen worden – um das Thema auf fachlicher Ebene anzusprechen. Die Kulturförderung und das Landesarchiv, die unter Ihnen in diesem Plan ressortiert waren, sind nun im Einzelplan 07 ressortiert, im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Neu im Einzelplan 02 sind die Internationalen Angelegenheiten, „Eine Welt“, und auch die Landesplanung. Damit ist das Gesamtsaldo im großen Überblick im Einzelplan 02 von 307 Millionen € auf 117 Millionen € abgesenkt worden und liegt damit in etwa auf dem Niveau wie in der vorletzten Legislaturperiode.

Es sind schon in der Ergänzungsvorlage Einsparungen vorgenommen worden, und zwar in Höhe von rund 1,5 Millionen € bzw. rund 10 % der disponiblen Mittel. Das ist eine ordentliche Einsparleistung. Die Erhöhungen, die in dem Plan enthalten sind, beziehen sich fast ausschließlich auf Personalausgaben, die sich aufgrund von tariflichen Steigerungen ergeben, an denen auch Sie nicht vorbeigekommen wären.

Wenn ich nun noch die Erhöhung aufgrund der einmaligen Veranstaltung zum Tag der Deutschen

Einheit hinzunehmen, dann gibt es bei den Erhöhungen insgesamt nichts, was man kritisieren könnte. Das zeigt sich auch: Sie haben überhaupt keinen Kürzungs- oder Änderungsantrag zu diesen Positionen eingebracht.

Es ist vorhin schon angesprochen worden, und wir wollen dies auch gerne hier ansprechen: Einige Positionen im Einzelplan 02 beziehen sich auf Kongresse und Veranstaltungen. Da ist – um auch das deutlich zu sagen – ebenfalls massiv eingespart worden. Zuvor beliefen sich die Ansätze in den Titeln 541 30 und 541 60 auf rund 900.000 €. Die beiden Titel sind zu einem einzigen Titel zusammengefasst worden, ausgestattet mit nur noch insgesamt 725.000 €.

Dann kritisieren Sie die Veranstaltung, bei der sich die Ministerpräsidentin im Land in unterschiedlichsten Formen mit Bürgern trifft. Das ist auch ein Stück weit der Unterschied in der politischen Kultur.

Es ist das Recht jedes Ministerpräsidenten, Veranstaltungen zu initiieren, von denen er meint, dass sie besonders gut sind, und die ihm auch ein Stück weit entsprechen. Da gibt es auch eine persönliche Note. Der letzte Ministerpräsident, Dr. Rüttgers, hat die Petersberger Convention ins Leben gerufen; eine Veranstaltung kostete rund 540.000 €.

Jetzt haben wir eine sehr tatkräftige Ministerpräsidentin, die Veranstaltungen in Form von Bürgergesprächen vor Ort macht: im Handwerkerinnenhaus, in der Edelstahlzieherei, in der Hausarztpraxis, in der Verbraucherberatungsstelle, in der Familienberatungsstelle. Das heißt, sie ist nah an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger.

Das ist der Kernunterschied zwischen dem, was vorher gelaufen ist und was jetzt läuft.

Wenn Herr Kollege Laumann Ministerpräsident wäre, würde er auch – dem Charakter entsprechend – ganz andere Veranstaltungen durchführen, und mit Sicherheit nicht so etwas wie die Petersberger Convention. Wir würden uns bei CLAAS oder anderswo treffen. Das ist eine persönliche Note und an der Stelle völlig in Ordnung und völlig richtig.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Rüdiger Sagel [LINKE]: Laumann-Convention!)

Ich akzeptiere das Recht eines jeden Ministerpräsidenten, in einer gewissen Weise Veranstaltungen zu machen, von denen er meint, dass sie hilfreich seien, und die auch ein Stück weit seine persönliche Note beinhalten. Das ist in Ordnung.

Die Ministerpräsidentin wählt für ihre Veranstaltungen eine andere Art als ihr Vorgänger. Sie ist näher an den Menschen, trifft viele Bürger. Und wenn man die Kosten vergleicht: Für eine Petersberger Convention gibt es 25 Veranstaltungen im Dialog mit Bürgern vor Ort. Das ist eine Relation, bei der sich die Veranstaltungen der Ministerpräsidentin gut sehen lassen können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben in einer bemerkenswerten Koalition aus Linken, CDU und FDP diese Position um 250.000 € gekürzt und damit den Linken zu einer Gegenfinanzierung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung verholfen. Wenn das in der Konstellation das Ergebnis Ihres politischen Handelns ist, dann bitte schön. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass das die Ministerpräsidentin, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen daran hindern wird, diesen Weg des Dialogs mit Bürgerinnen und Bürgern in Veranstaltungen vor Ort weiterzugehen. Das wird weiterhin gemacht werden, und das ist auch richtig so. Sie aber finanzieren mit diesem Einsparvorschlag die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das ist Ihre Entscheidung; auch damit werden wir leben können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Ralf Witzel [FDP]: Sie verdrehen die Wahrheit!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Witzel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu meinem Vorredner: Sie wissen, dass Sie hier nicht die Wahrheit gesagt haben; denn es haben, als es um die entscheidende Beschlussvorlage des HFA für diese Plenarwoche ging, drei Fraktionen für die Finanzierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung gestimmt.

(Beifall von der LINKEN)

Das war Ihre grüne Fraktion, Herr Priggen, die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Es gibt zwei Fraktionen, die dem nicht zugestimmt haben: Das waren die Fraktionen von CDU und FDP.

(Beifall von der FDP)

Wir haben hier einen Einsparvorschlag unterbreitet. Sie haben wahrheitswidrig vorgetragen, dass wir damit anderes bezahlen wollten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Rechtswidrig!)

Lesen Sie die Beschlussempfehlung nach! Zum Glück ist das als Landtagsdrucksache dokumentiert. So fällt Ihr Schwindel auf.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Wir können uns gerne in der Sache über den Veranstaltungsetat unterhalten. Ich begrüße es auch persönlich sehr, dass die Ministerpräsidentin jetzt die Möglichkeit, im Dialog mit uns ihren Einzelplan zu erörtern, nutzt.

Ich darf mit einem Zitat von Sylvia Löhrmann vom 13. November 2009 aus den „Aachener Nachrichten“ einsteigen. Da sagt sie:

„Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers werde ‚sehr komfortabel mit viel Geld des Steuerzahlers in Szene gesetzt‘ und schlage ‚parteilichen Profit‘ daraus“.

Das haben Sie gesagt. Die Rede war in dem Kontext, Frau Löhrmann, von der Petersberger Convention, die Sie kritisiert und als Wahlkampfmanöver, als Showeffekt, als Inszenierung gegeißelt haben.

(Heike Gebhard [SPD]: Das war auch über eine halbe Million Euro!)

– Es ist doch legitim, dass unterschiedliche Fraktionen unterschiedliche Auffassungen zur Petersberger Convention haben. Es gibt sicherlich gute Argumente dafür, auch was die Repräsentation des Landes, die Kontakte zu internationalen Spitzenwissenschaftlern und den Dialog mit ihnen angeht. Das ist aber nicht der Punkt.

Entscheidend ist nämlich Ihre Glaubwürdigkeit. Wenn Sie sagen, das sei eine unsinnige Ausgabe, die aus Ihrer Sicht nicht sein müsse, dann hätten Sie, nachdem wir Ihnen bei den Haushaltsberatungen vorgehalten haben, das Land sei pleite und Sie hätten einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt, wenigstens die 500.000 € streichen sollen, die Sie immer als Unsinn und überflüssig bezeichnet haben. Das hätte zwar nicht alle Haushaltsprobleme des Landes gelöst,

(Beifall von der FDP)

aber selbst dazu waren Sie nicht bereit. Sie haben gegen Ihr eigenes Handeln gestimmt und entschieden: Dieses Geld wollen wir weiterhin haben, wir etikettieren es nur um, damit wir, wenn wir keine Spitzenveranstaltungen mehr machen, in der Breite umso mehr Kontakte aus dem Haushalt finanzieren können.

Das ist nicht glaubwürdig, wenn man wie ein Mantra immer vor sich herbetet, diese Mittel im damaligen Haushalt seien aus Ihrer Sicht einfach überflüssig gewesen. Sie hätten sie ja jetzt streichen können.

Hier ist viel über die „TatKraft-Tour“ gesprochen worden. Wir finden es bemerkenswert – das werden Sie verstehen –, dass bei der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin – das ist wörtlich im Plenarprotokoll vom 15. September 2010 nachlesbar – angekündigt wird: ...

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich setze mich, Frau Ministerpräsidentin, in der Haushaltsdebatte, aber auch sonst gerne intensiv mit der Politik der Landesregierung auseinander. Ich denke, das werden Sie in Ihrer früheren Rolle in den letzten fünf Jahren auch getan haben. Das sind wir uns als Demokraten auch schuldig.

Weil ich das mit so viel Aufmerksamkeit lese und höre und verfolge, was Sie sagen ...

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch, was Sie sagen wollen!)

– Wenn Sie mich nicht dabei stören würden, hätte ich das schon längst getan.

Sie sagen dort: „Deshalb werde ich auch als Ministerpräsidentin die Reihe der ‚TatKraft-Tage‘ fortsetzen.“ – Sie nehmen Bezug auf das, was Sie vorher als Wahlkämpferin als „TatKraft-Tage“ in diesem Land veranstaltet haben. Und wörtlich für das Protokoll des Hauses sage ich: Das, was Sie früher in der Wahlkampfausweitung gemacht haben, wollen Sie in der neuen Rolle mit der gleichen Vokabel fortsetzen. Das rechtfertigt sehr wohl die Nachfrage der Oppositionsparteien,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist wie permanente Revolution!)

ob denn das, was Sie vorher selbstverständlich in der Parteifunktion gemacht haben, tatsächlich Regierungsaufgabe ist, sodass die Kosten dafür jetzt beim Steuerzahler abgeladen werden.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wenn Sie da bitte unterscheiden wollen!)

– Ich kann nur das zitieren, was Sie in der Regierungserklärung vorgetragen haben.

In dieser Regierungserklärung, Frau Ministerpräsidentin Kraft, haben Sie außerdem vorgetragen, das seien Veranstaltungen, die für Sie persönlich wichtig wären – Dialog mit der Bevölkerung –, die aber nicht die Funktion hätten, Öffentlichkeit zu generieren; von daher nähmen Sie auch von einer Begleitung durch die Medien auch ausdrücklich Abstand; Ihnen ginge es um den Dialog mit den betroffenen Menschen und nicht um die Vermarktung desselben. – Wenn das Ihr Anspruch ist, dann muss man sich doch fragen: Warum gibt es ganze Seiten auf der Homepage der Staatskanzlei, auf denen zum Downloaden Pressefotos Ihrer „TatKraft-Tour“ stehen, wenn sie nicht Vermarktungszwecken dienen soll?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die Frage müssen Sie, bitte schön, einmal beantworten.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das tut weh, Herr Witzel! – Heike Gebhard [SPD]: Mit diesem Angriff kriegen Sie auch kein Prozent mehr!)

Deshalb fragen wir an dieser Stelle weiter nach. – Wenn Sie für bestimmte Veranstaltungen 26.000 € einsetzen, um wenige Hundert Leute zu treffen, dann kostet Sie das immerhin 100 € pro Person bei einer Bewirtung mit Kaltgetränken und Brezeln, zu der uns der Chef der Staatskanzlei sagt, das sei das unterste für eine Regierungsveranstaltung vorstell-

bare Level. Mehr gäbe es da nicht. Warum dann 100 € pro Person an Kosten für die Betreuung abends bei Ihren Gesprächen entstehen, die Frage muss man sich entsprechend stellen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Witzel, haben Sie noch nie eine Veranstaltung organisiert? – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da stellt sich aber jemand dumm!)

Zum Zweiten ist in dieser Debatte über Großveranstaltungen gesprochen worden: NRW-Tag, Tag der Deutschen Einheit. Auch da fallen 2,6 Millionen € auf, insbesondere wenn man sich die bislang in den anderen Bundesländern entstandenen Kosten vor Augen führt. Das Saarland hat den Tag der Deutschen Einheit für 800.000 € ausgerichtet, Bremen für 1,7 Millionen, „60 Jahre NRW“ haben das Land 1,9 Millionen € gekostet. Die 2,6 Millionen € sind das meiste, das für die Durchführung einer solchen Großveranstaltung gebraucht wird.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Selbst die teuersten Veranstaltungen anderer Länder und früher in Nordrhein-Westfalen lagen unter dem, was Sie hier in Ansatz bringen. Auch da gucken wir gerne in Ihre Regierungserklärung und auf den Anspruch, wie Sie regieren wollen. Sie haben gesagt: Regieren mit Augenmaß! Leitlinie sei für Sie: klar in der Sache, bodenständig, schnörkellos in Worten und vernünftig in Taten. Auch das muss man als Messlatte bei diesen Veranstaltungen immer mit anlegen. Ist diese Dimensionierung auch von Großveranstaltungen angemessen, bodenständig und maßvoll?

Wenn man die Presseberichterstattung verfolgt und liest, welche Finanzierungsprobleme die Stadt Bonn – die politische Mehrheit dort ist bekannt; man weiß, wer von welcher Partei in Bonn Oberbürgermeister ist – hat – dort wurden Agenturen beauftragt, die nicht das gebracht haben, was man sich etwa an Sponsoren erhofft hat –, dann stellt sich schon die Frage, ob das Land hier stärker als ursprünglich beabsichtigt in die Finanzierung von Großveranstaltungen einsteigt, weil vor Ort auch nicht alle Hausaufgaben gemacht worden sind.

Da bin ich bei meinem Blick in die Unterlagen bei Wilhelm Busch, von dem der Ausspruch stammt:

„Ach der Tugend schöne Werke,
gern möchte ich sie erwischen,
doch ich merke, doch ich merke,
immer kommt mir was dazwischen.“

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Das Land kann nicht Ausfallbürge sein für Herausforderungen und Aufgaben, die andere an anderer Stelle versäumen.

Wichtig ist es auch, dass wir uns über die Gutachtenvergabe in diesem Land unterhalten,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kennen Sie sich ja mit aus! Sie sind Experte dafür!)

weil den Steuerzahler schon beschäftigen muss, ob zum Beispiel 81.000 € für ein Prognos-Gutachten im Verhältnis zu seinem Nutzen und seinem Wert angemessen sind.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Das kann man auch über alle anderen Beauftragungen für Gutachten nachvollziehen, die es vonseiten des Landes gegeben hat. Wir werden auch zukünftig weiter nachfragen, da es doch für alle Beteiligten völlig klar ist – so haben Sie es ausdrücklich gesagt und durch Ihren Regierungssprecher mitteilen lassen –, dass die Studie gar nicht den Sinn haben sollte, Ihre vermeintlich präventive Sozialpolitik in der Haushaltsführung zu untermauern.

Wenn dann mit dieser Studie aber schon längst Öffentlichkeitsarbeit in ganz dem bestrittenen Sinne gemacht worden ist, dann stellt sich die Frage: Warum werden an verschiedenen Stellen Zehntausende von Euro für eine pseudowissenschaftliche Scheinlegitimation von Politik ausgegeben, die einen wissenschaftlichen Anstrich bekommen soll,

(Serdar Yüksel [SPD]: Mit der Pseudowissenschaft kennen Sie sich ja aus!)

ohne dies rechtfertigen zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Wenn man sich die Öffentlichkeitsarbeit in den unterschiedlichen Ressorts anschauen will, dann kann ich zum Nachlesen – für Ausführungen dazu reicht jetzt die Zeit nicht aus – Landtagsdrucksache 15/1589 empfehlen, aus der hervorgeht, wie viele neue Publikationen entstanden sind, zu welchen wichtigen Zwecken ...

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Weniger, Frau Ministerpräsidentin – das gebe ich ja zu – in Ihrem Bereich. Da findet man viel illustre Werke bei unserem Umweltminister. Der hat übrigens am meisten publiziert, dafür auch am meisten Geld ausgegeben, zehnmal so viel publiziert wie Sie, zehnmal so viel ausgegeben – bis hin zu Extrabroschüren zu Aufgaben von Gleichstellungsbeauftragten, wofür die Zuständigkeit mitten im Kernbereich des Umweltministeriums liegt! Da lohnt sich sicherlich auch einmal eine Gesamtdebatte über Kosten der Öffentlichkeitsarbeit, die über den Bereich der Staatskanzlei hinausgeht.

Damit bin ich bei einer letzten Anmerkung

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

zu diesem Haushaltsposten. Eines fällt noch auf, und zwar dann, wenn wir uns den Titel 526 00 ansehen. Der beinhaltet nämlich den Ansatz für die Gerichtskosten, den Sie um ein Drittel erhöht haben.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Insofern müssen wir Ihnen zugestehen: Da haben Sie wirklich einmal präventive Politik betrieben – so häufig, wie Sie vor Gerichten scheitern –, hier schon einmal vorsorglich die massive Erhöhung für Gerichtskosten vorzulegen. Das ist sicherlich nachvollziehbar. Vieles andere nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Michalowsky das Wort. Bitte schön.

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss noch Wasser auf die Mühlen gießen. Natürlich muss die Ministerpräsidentin das Land repräsentieren und hat somit auch die Aufgabe, Kongresse und Veranstaltungen zu organisieren, Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhängen zu treffen und mit ihnen die verschiedensten Problemlagen und Forderungen zu diskutieren.

Allerdings muss bei diesen Veranstaltungen klar zu erkennen sein, dass es sich bei der Veranstalterin um die Ministerpräsidentin des Landes und nicht um die SPD-Politikerin Hannelore Kraft handelt.

(Beifall von der LINKEN)

Diese notwendige Klarheit in der Trennung der Ämter, nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin und nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft, wird durch die Fortführung der aus dem SPD-Landtagswahlkampf bekannten „TatKraft-Tour“ verwischt. Deshalb haben wir sie mit freundlicher Unterstützung von CDU und FDP – herzlichen Dank, meine Damen und Herren – aus dem Etat genommen.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Priggen zählte gerade die bisherigen Praktika von Frau Kraft auf und bezeichnete das als „Kennenlernen der Lebenswirklichkeit“. – Das kann man machen. Ich hätte mir Praktika in der Art gewünscht, dass man als einzige Verkaufskraft in einer Schlecker-Filiale einen ganzen Tag lang arbeitet.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Danke, ich werde dann gucken kommen. Ich komme als Kunde. Ich denke, dass das kein Zuckerschlecken ist wie die übrigen Praktika, die Frau Kraft bisher absolviert hat.

Wir freuen uns auch, dass die CDU inzwischen verstanden hat, dass die Welt nicht untergeht, wenn sie einem Antrag meiner Fraktion zustimmt, den sie inhaltlich richtig findet, im Gegenteil.

(Beifall von der LINKEN – Dr. Carolin Butterwege [LINKE]: Sie sind lernfähig!)

Man kann tatsächlich auch aus der Opposition heraus gestalten. Also bleiben Sie dabei, verehrte Kolleginnen und Kollegen, machen Sie weiter so! Zudem habe ich in den letzten Tagen keinen roten Fahnen auf öffentlichen Gebäuden Nordrhein-Westfalens gesehen. Es geht also.

Des Weiteren ist natürlich die Frage berechtigt, ob denn die zahlreichen Einzelveranstaltungen im Rahmen der Repräsentationsverpflichtungen des Landes und seiner Ministerpräsidentin immer den derzeitigen Kostenrahmen aufweisen müssen und ob es nicht Obergrenzen geben sollte. Darüber sollte man einmal ernsthaft diskutieren. Dies erscheint mir umso mehr angebracht, als man, wenn man genau hinschaut, feststellt, dass alle Einzelveranstaltungen mit einem unterschiedlichen Kostenansatz versehen sind und ausgerechnet für die Gedenkveranstaltungen für Johannes Rau die mit Abstand höchsten Aufwendungen anfallen.

Meine Damen und Herren, es ist keine Frage, dass Johannes Rau ein großer Politiker war. Seine Verdienste für das Land Nordrhein-Westfalen sind immens und werden nicht bestritten, auch nicht von meiner Fraktion. Es ist aber auffällig, dass es immer dann, wenn es um SPD-Politiker geht, die Staatskanzlei so richtig in die Tasche greift.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

So sollte auch eine Veranstaltung anlässlich des 50. Jubiläums von Willy Brandts Rede „Vom blauen Himmel über der Ruhr“ stattfinden.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Gibt es doch gar nicht!)

So muss ich doch sagen, dass ich Gedenkveranstaltungen für das Jubiläum von Reden ein wenig befremdlich finde.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Gibt es doch gar nicht!)

– Ja, eben, die gibt es nicht mehr, weil wir es gestrichen haben.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die gab es schon vorher nicht!)

Frau Kraft, wir haben uns die Tondatei der HMA-Sitzung zukommen lassen und abgehört. Ihr Staatssekretär, der hinter Ihnen sitzt, hat wörtlich gesagt: Es soll eine Feier zum 50. Jahrestag der Rede von Willy Brandt „Vom blauen Himmel über der Ruhr“ geben. Leugnen Sie das bitte nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Holen Sie sich die Tondatei, dort können Sie das ganz genau nachhören. Das ist eindeutig.

Frau Ministerpräsidentin, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wahren Sie Distanz bei solchen Veranstaltungen. Das tut uns und auch dem Land gut. In Ihrer Funktion als erste Bürgerin des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sie überparteilich zu wirken. Das bedeutet, dass Sie Veranstaltungen der NRW-SPD auch von dieser finanzieren lassen sollten und nicht aus dem Etat der Staatskanzlei. Ich hoffe, dass Sie uns für den nächsten Haushalt einen Entwurf vorlegen, in dem es keine Veranstaltungen mit eindeutigen SPD-Bezug gibt. Das erspart uns das Schreiben von Anträgen auf Streichung und Ihnen die Diskussion um Geschmäcke und um mangelndes politisches Fingerspitzengefühl.

Im Übrigen – das kennen Sie schon – waren die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch.

(Zuruf von der CDU: Die war richtig!)

Die derzeit politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der LINKEN ebenfalls.

Wir werden uns an der Abstimmung über diesen Einzelplan nicht beteiligen. – Ich danke für Ihre Geduld.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Michalowsky. – Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seitens der Opposition hätte ich mir heute gerade angesichts der Bedeutung, die Sie dem Einzelplan 02 in der diesjährigen zweiten Lesung einräumen, sowohl im Rahmen der Debatte als auch an Anzahl und Inhalt der Änderungsanträge fundiertere und auch konstruktivere Vorschläge erhofft, wie Sie die Regierungszentrale im kommenden Jahr zur Erledigung ihrer Aufgaben ausgestattet sehen wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Schlanker!)

Im Gegensatz dazu haben wir von Herrn Laschet überhaupt kein Wort zum Einzelplan 02 gehört. Er hat sich in allgemeinen Grundsätzen ergangen und zitierte Schiller und Goethe, der Dilettant scheue die Gründlichkeit. Genau dies muss man auf die Opposition und insbesondere auf die CDU anwenden, weil Sie nämlich mit keinerlei Vorschlägen gekommen sind. Sie setzen nur eine Botschaft. Sie befassen sich mit dem Haushalt der Staatskanzlei überhaupt nicht im Detail, behaupten aber schlicht und einfach in den Haushaltsberatungen der Ausschüs-

se, dass im operativen Bereich der Ministerpräsidentin nicht gespart würde.

Meine Damen und Herren, das ist definitiv falsch. Es ist auch falsch in Bezug auf die Personalausstattung. So wurde und wird nicht nur in den Jahren 2010 und 2011 – übrigens anders als 2006 und 2008 – auf die Einrichtung zusätzlicher Stellen anlässlich der Regierungsneubildung verzichtet. Im Jahr 2010 wurden sogar fünf Planstellen und Stellen abgebaut.

Allerdings ist nunmehr, nach weitgehendem Abschluss der Reorganisation, zu konstatieren, dass insbesondere im Assistenz-Bereich, bei Fahrerinnen und Teamassistenz, dauerhafter Bedarf besteht, der nicht durch weiteres Outsourcing von Aufgaben befriedigt werden kann.

Deshalb soll im Jahr 2011 die generelle Einsparvorgabe, jährlich bis 2015 1,5 % der Planstellen abzubauen, auch im Einzelplan 02 ausgesetzt werden. Soweit Stellen frei werden, sollen sie dazu dienen, vornehmlich im Assistenz- und Fahrerbereich befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umzuwandeln.

Ihre Behauptung trifft auch nicht zu für den Sachhaushalt. Zwar steigt das Gesamtvolumen des Einzelplans gegenüber 2011 um 2,8 Millionen €. Das ist aber zum Ersten deutlich weniger als der durchschnittliche Aufwuchs des Einzelplans der letzten fünf Jahre mit plus 2,4 % zu davor durchschnittlich 5,2 %.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber Sie nehmen doch weitere Steigerungsraten zusätzlich zur damaligen Erhöhung!)

Zweitens ist es auch nur die Hälfte des Aufwuchses des Gesamthaushaltes gegenüber 2010, wo Sie einen Aufwuchs von 4,8 % hatten – wir 2,4 %.

Drittens ist zu beachten, Herr Witzel, dass über 80 % dieses Aufwuchses – das sind 2,3 Millionen € – für die Veranstaltungen des kombinierten Tags der Deutschen Einheit und des von der Vorgängerregierung etablierten NRW-Tags in Bonn benötigt werden. Darauf komme ich noch zurück.

Verehrte Damen und Herren, werfen Sie einen Blick auf die sogenannten operativen Mittel der Ministerpräsidentin im Kapitel 02 010 und dies im Vergleich zum Vorgängerhaushalt 2010. Die Ausgaben steigen für 2011 nicht etwa, nein, sie werden insgesamt um rund 316.000 € gekürzt. Das bedeutet eine Einsparung von ca. 15 %.

Sehen wir uns die Änderungsanträge im Einzelnen an, stellen wir fest: Die Kürzungen, die die Opposition für die operativen Mittel fordert, sind ohne jeden Sachhintergrund. Ein Beispiel sind die Haushaltsmittel für den Titel 541 30 „Kongresse und Veranstaltungen“. Der Ansatz beträgt 600.000 €. Die CDU/FDP-Opposition beantragte hier zunächst die

Rückführung auf den Zustand 2010. So lautete die schmale Begründung. Mithin geht es um 100.000 €.

Sie verkennt dabei, dass hier gar keine Erhöhung, sondern eine schlichte Verlagerung stattfindet. Nimmt man daher die beiden Haushaltstitel für Veranstaltungen zusammen, die hier in Rede stehen, so betragen deren Ansätze 2010 unter der Vorgängerregierung 900.000 €, während es jetzt nur noch 725.000 € sind. Die von der Opposition geforderte Rückführung auf den Status 2010 müsste demnach ehrlicherweise dazu führen, wieder 175.000 € draufzulegen.

Meine Damen und Herren, zur „TatKraft-Tour“ der Ministerpräsidentin, die hier schon mehrmals angesprochen wurde! Seit letztem Donnerstag haben sich CDU und FDP besonnen und die beantragte Reduzierung bei diesem Titel mit der Begründung um die Hälfte gekappt, Frau Ministerpräsidentin solle ab sofort aus diesem Titel die Finanzierung ihrer „TatKraft-Tour“ beenden. Um dieses Ziel zu erreichen, waren Sie sich auch nicht zu fein, letzten Freitag einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu übernehmen und dem zuzustimmen. Das ist eine beeindruckende Abstimmungscoalition,

(Beifall von der LINKEN)

die Sie bisher zumindest in der Öffentlichkeit immer für unvorstellbar und für des Teufels gehalten, ja als den Untergang des Abendlandes bezeichnet haben!

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sündenfall!)

In der Sache hat Herr Laumann, der gerade nicht da ist, im Haushaltsausschuss durchaus fair zu diesem Thema gesprochen. Aber er will nicht, dass das im Einzelplan 02 finanziert wird.

Dazu stelle ich nochmals in aller Deutlichkeit fest: Der Name ist geblieben. Alles andere an dieser Reihe ist neu, insbesondere die sich jeweils anschließende Abendveranstaltung und die parteiübergreifende Zusammensetzung des Gästekreises. Zu diesem Kreis gehören vor allem Angehörige der besuchten Unternehmen und Einrichtungen, Sachverständige und örtliche Funktionsträgerinnen.

Wenn dann die einzige inhaltliche Gemeinsamkeit des Formats mit der Veranstaltungsreihe der damaligen Kandidaten der Name „TatKraft“ ist, scheint mir das genauso wenig problematisch wie die durchgängige Bezeichnung „Rüttgers Club“ für die Pressehintergrundgespräche des damaligen Kandidaten und späteren Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers.

(Beifall von der SPD)

Mit der Veranstaltung „TatKraft-Tour“ werden Eindrücke, Probleme und Handlungsbedarfe diskutiert und politisch eingeordnet, sozusagen in Praxistests für Regierungshandeln. Denn Regierungspolitik, meine Damen und Herren, soll für die Bürgerinnen und Bürger des Landes gemacht werden und, wie

schon Johannes Rau gesagt hat, in erster Linie dazu dienen, deren tägliche Lebensverhältnisse zu verbessern. Dazu mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, an deren Arbeitsplatz und in Diskussionsforen am Abend bei einer Laugenbrezel und einem Getränk ins Gespräch zu kommen, steht für eine bürgernahe Politik der Landesregierung.

Es ist richtig, dass jede Abendveranstaltung der „TatKraft-Tour“ mit ca. 20.000 € zu Buche schlägt. Es ist allerdings falsch, dass das ausschließlich Cateringaufwand ist. Dieser beläuft sich pro Veranstaltung auf höchstens 5.000 €. Pro Teilnehmer sind das höchstens 20 € im Schnitt

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Teure Brezel!)

und damit allenfalls ein Fünftel des Aufwands, der beispielsweise für die Verpflegung bei Sommer- und Adventskonzerten oder Preisverleihungen der Vorgängerregierung vorgesehen wurde.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Es ist ganz besonders falsch, dass die Verlagerung der 500.000 € auf den Titel „Kongresse und Veranstaltungen“ allein der Finanzierung der „TatKraft-Tour“ dient.

Zum einen werden aus diesem Titel, wie es seine Zweckbestimmung schon sagt, auch andere Veranstaltungsformate der Ministerpräsidentin finanziert. Auch die Bestenehrung fällt beispielsweise darunter, mit der die Bestleistungen der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler angemessen gewürdigt werden.

(Beifall von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da hat doch keiner etwas dagegen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Ich will den Gedanken zu Ende führen. – Das ist also eine Veranstaltung, die auch Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, in einem eigenen Antrag an die Landesregierung gefordert haben. Sie wird allerdings weniger kosten als unter der Vorgängerregierung, unter der für eine einzige Bestenehrung auch schon einmal fast 174.000 € anfielen.

(Beifall von der SPD)

Wir werden jetzt, im Lichte des durch die Opposition um 250.000 € reduzierten Ansatzes, näher prüfen,

in welchem Rahmen wir in 2011 diese Veranstaltung organisieren können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, ich wollte Sie darauf hinweisen, dass Ihnen der Abgeordnete Witzel gerne eine Zwischenfrage stellen möchte. Wollen Sie diese zulassen?

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Meine Redezeit ist zu Ende, und ich muss noch einen Abschlussatz sagen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das wird nicht angerechnet! Zwischenfragen werden nicht angerechnet!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, hier gilt in der Tat: Sowohl für die Dauer der Fragestellung als auch für die Beantwortung würden wir die Zeit anhalten. Das hat nichts mit der Redezeit zu tun. Es steht Ihnen aber trotzdem frei, sie zuzulassen oder nicht.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Ich will noch gerne etwas zum Tag der Deutschen Einheit sagen. Das ist mir wichtig, weil Herr Witzel diesen Punkt vorhin angesprochen hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Schade, also keine Antwort!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich habe das jetzt als klares Nein gedeutet, Herr Abgeordneter.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Meine Damen und Herren, in Bezug auf Inhalt und finanziellen Aufwand knüpft die jetzige Landesregierung hier nahtlos an die Kabinettsentscheidung und die Konzeption der Vorgängerregierung an.

Wie Sie bereits erwähnt haben, wurden die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2009 durch das Saarland und 2010 durch Bremen durchgeführt. Für die jeweilige Veranstaltung hatten das Saarland 800.000 € und die Freie Hansestadt Bremen 1.700.000 € etatisiert.

Der im Vergleich zu diesen beiden Ländern höhere Ansatz erklärt sich zum einen damit, dass in die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit der diesjährige Nordrhein-Westfalen-Tag, der zeitgleich in Bonn stattfindet, integriert wird. Dafür haben wir, wie in den Vorjahren üblich, 300.000 € eingestellt.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, lieber Herr Witzel, dass der 3. Oktober in diesem Jahr auf einen Montag fällt. Deswegen wird das große Bürger-

fest zum Tag der Deutschen Einheit um einen Tag verlängert; es dauert vom 1. bis zum 3. Oktober 2011.

Außerdem ist Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern bekanntlich das bevölkerungsreichste Bundesland und verfügt darüber hinaus über einen wesentlich größeren Einzugsbereich als das Saarland und das Land Bremen, weswegen mit einer höheren Besucherzahl zu rechnen ist.

Zum Schluss ist auch darauf hinzuweisen, dass mit dem Sicherheitskonzept und den daraus resultierenden Maßnahmen sehr sorgfältig umgegangen werden muss.

Zusammenfassend will ich Ihnen sagen: Ich bin der Auffassung, dass hier Maßstäbe für eine zugleich sparsame und zweckmäßige Haushaltsführung gesetzt werden, die es in der Tat zulässt, dass der neue Stil des Regierens möglich ist, nämlich die Begegnung der Ministerpräsidentin mit den Bürgern und Bürgerinnen und eine sinnvolle Kommunikation über ihre Politik.

Deswegen dürften Sie, glaube ich, keine Probleme haben, diesem Einzelplan Ihre Zustimmung zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache darauf aufmerksam, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 2:53 Minuten überzogen hat, sodass den Fraktionen noch weitere Redezeiten zustehen.

Auch unter Einbeziehung der Redezeitüberschreitung der Fraktion der FDP steht der FDP immer noch Redezeit zur Verfügung. Diese wird auch von der FDP-Fraktion mit dem Redner Ralf Witzel beansprucht. Bitte schön, Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin, es ist schön, dass ich diese Nachfrage hier noch stellen kann; denn Frau Ministerin Schwall-Düren hat mir ja die Gelegenheit zur Zwischenfrage eben nicht gegeben. Sie hat sich so eingelassen, dass in diesem Parlament eine Frage zur „TatKraft-Tour“ meines Erachtens noch berechtigt ist.

Am letzten Freitag ist vom Haushalts- und Finanzausschuss ein Antrag beschlossen worden. Darauf ist ja hingewiesen worden. Es gab zwei inhaltsgleiche Anträge, einen identischen Betrag zu kürzen. Dieses Parlament hat sich dafür entschieden, den Antrag zu beschließen, in dessen Begründung es in Bezug auf „TatKraft-Tour“ heißt:

„Bei dieser Veranstaltung handelt es sich dem Inhalt nach nicht um die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Tätigkeit als Ministerpräsidentin, sondern um personenbezogene Wer-

bemaßnahmen der SPD-Politikerin Hannelore Kraft. Diese zu finanzieren kann nicht der Sinn des Landeshaushaltes NRW sein.“

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war unser Antrag!)

Das hat dieses Parlament festgestellt und einen Haushaltsbeschluss gefasst, dementsprechend auch 250.000 € zu streichen, die nach Aussagen der Landesregierung für die „TatKraft-Tour“ vorgesehen waren.

Frau Ministerin, Sie haben sich eben so angehört, als sei für Sie trotzdem klar, dass die „TatKraft-Tour“ weiter stattfindet und aus diesem Haushalt finanziert wird.

Entsprechend wird auch ein Sprecher der Landesregierung in der „Westfalenpost“ vom 9. April 2011 mit den Worten wiedergegeben, Kraft halte an den „TatKraft-Tagen“ mit den Kosten von etwa 20.000 € pro Durchführung fest.

Ich glaube, dieses Parlament hat eindeutig das Anrecht, an dieser Stelle von Ihnen die Frage beantwortet zu bekommen, wie ernst Sie den Mehrheitsbeschluss dieses demokratischen Hauses, nämlich des Haushalts- und Finanzausschusses dieses Parlaments, eigentlich nehmen. Er streicht 250.000 €, weil er sagt: Wir wollen die „TatKraft-Tour“ als Haushaltsgesetzgeber nicht mehr.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Sie sagen jetzt: Dann etikettieren wir eben andere Haushaltstitel um, um das trotzdem zu machen. – Haben wir das richtig verstanden? Ich bitte Sie, das hier auch für dieses Haus klar darzulegen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es seitens der anderen Fraktionen weitere Wortmeldungen zum Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum

Teilbereich Landesplanung

Hierzu darf ich als erstem Redner dem Abgeordneten Hovenjürgen für die Fraktion der CDU das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und lieben Kollegen! Der Einzelplan 02, Teilbereich Landesplanung, steht auf der Tagesordnung. Frau Ministerpräsidentin – leider ist sie im Moment nicht da –, in diesem Bereich ha-

ben Sie aus Ihrer Sicht sofort gehandelt. Sie haben den Energieteil des Landesentwicklungsprogramms zurückgezogen und die Absicht bekundet, die Zusammenführung von LEP und LEPro voranzutreiben. Seitdem war leider nichts mehr zu hören.

Wie ernst die Landesplanung von der Landesregierung genommen wird, wird erschreckenderweise daran deutlich, dass der ehemals Zuständige, nämlich der Minister für Wirtschaft, nicht mehr auf seiner Internetseite vermerkt, was in Sachen Landesplanung unterwegs ist,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist falsch! Ich habe heute noch nachgesehen!)

und die Staatskanzlei das leider immer noch nicht tut. Das ist zumindest das, was wir recherchiert haben, Herr Sagel.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da haben Sie schlecht recherchiert!)

Das Einzige, was jetzt im Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei einen Hinweis gibt, ist der Verweis auf die Bezirksregierungen. Eine eigene Aussage seitens der Staatskanzlei zur Landesplanung ist nicht auffindbar.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Kommen Sie zu mir! Ich finde es für Sie!)

Das macht wiederum deutlich, dass wir in der Landesregierung offensichtlich noch nicht so weit sind, dass wir nicht genau wissen, wohin Sie eigentlich mit der Landesplanung wollen. Da bleiben nun einmal Fragen offen.

Da bleibt auch die Frage offen: Wer betreibt denn zurzeit Landesplanung? Oder ist es wie in vielen Bereichen so, dass wir zum Schluss Herrn Remmel als denjenigen sehen, der zukünftig die Rahmenbedingungen für Landesplanung formulieren wird? Da bleibt die Frage im Raum: „Was wird aus Datteln 4?“, wenn zum Beispiel die SPD in Berlin schon selbst die Frage stellt, was zukünftig mit Deutschland als Industriestandort und den Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen wird, um Energie bezahlen zu können, und deswegen seien neue Kohlekraftwerke als Brückentechnologie nötig, so Ihr Bundesvorsitzender Gabriel.

Wenn Herr Gabriel dies schon sieht, Herr Römer, wie müsste es dann erst um die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen bestellt sein, um zu erkennen, dass eben auch moderne Kohlenkraftwerke ihren Beitrag leisten können. Im Übrigen werden Sie seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seitens der IG Metall, seitens der IG BCE aufgefordert, Datteln ans Netz gehen zu lassen und hierbei auch politisch zu handeln. Das verweigern Sie bisher im Hause immer; Sie entziehen sich der Landesplanung und werden Ihrer Aufgabe nicht gerecht.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Sie haben das Landesentwicklungsprogramm vollzogen, den Energieteil zurückgenommen und dann die Situation in Datteln, wie sie sich darbietet, in die Regionalplanung gegeben. Der RVR darf sich mit dieser Fragestellung auseinandersetzen. Der RVR hat beschlossen, ein Zielabweichungsverfahren in Gang zu setzen. Nein, er hat es eigentlich nicht beschlossen. Denn da gibt es ebenfalls eine rot-grüne Koalition. Und weil man dort der Koalitionsräson entsprechen muss, muss man erst einmal ein Gutachten fertigen, ob es überhaupt zu einem Zielabweichungsverfahren kommen kann. Erst dann werden wir uns überhaupt über ein Zielabweichungsverfahren unterhalten können.

Daran wird deutlich, dass es zurzeit in Nordrhein-Westfalen nicht wirklich eine Landesplanung gibt. Das gilt insbesondere, wenn man weiß, dass das Zielabweichungsverfahren für Datteln 4 nur deshalb notwendig wird – das haben Sie wiederum durch die Rücknahme des Energieteils im Landesentwicklungsprogramm herbeigeführt –, weil die Wiedereinführung der Anforderung an die Kraftwerksbetreiber, überwiegend heimische Energieträger – hier wäre es die heimische Steinkohle – einzusetzen, erreicht werden soll. Diese Zielsetzung ist spätestens seit 2001 nicht mehr erreichbar, weil wir seit diesem Zeitpunkt in unsere Republik mehr Steinkohle einführen, als wir selbst fördern.

Sie wissen, ein Ziel, das Sie formulieren, ist nicht erreichbar. Daher haben Sie gleich die Zielsetzung, eine Ausnahme von der Forderung, die Sie selbst wieder aufstellen, herbeizuführen, um überhaupt eine Chance zu haben, über das Kohlekraftwerk in Datteln reden zu können. Widersinniger, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht. Es ist kein ausgesprochener Beleg dafür, dass hier mit Nachhaltigkeit Landesplanung betrieben wird, sondern es ist eine Verabschiedung aus der Landesplanung.

Wenn wir dann noch wissen, dass das neue Klimagesetz, das vorgesehen ist, dem Umweltminister sozusagen eine letztinstanzliche Funktion in diesem Land einräumen wird, müssen wir uns zum Schluss schon fast die Frage stellen: Ist die Richtlinienkompetenz eigentlich noch bei der Ministerpräsidentin verankert, oder geht sie schleichend zum Umweltminister über? Wir glauben, dass der wirkliche, machtvolle Gestalter in diesem Land zurzeit der Umweltminister ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Eui!)

Das mag ihn ehren; aber die Dinge werden in Nordrhein-Westfalen auf den Kopf gestellt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sind ja Girlanden!)

Man sieht das im Übrigen auch beim Windkrafterlass.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Schwarz-Grün lässt grüßen!)

Es gibt eine Anhörung. Die Anhörung ist noch nicht einmal ausgewertet, und schon gibt es eine Stellungnahme des Wirtschaftsministers und des Umweltministers, die die Rahmendaten verkünden, ohne dass man parlamentarisch überhaupt die Chance gehabt hat, über das, was in der Anhörung deutlich wurde, noch mal zu reden. Dazu gehört besonders, die Unsicherheit der kommunalen Spitzenverbände, was die Rechtssicherheit der Aussagen im Windkrafterlass angeht, zu werten und zu gewichten. All das findet nicht statt.

Insofern kommt Landesplanung im Land Nordrhein-Westfalen zu kurz. Deswegen fragt man sich schon fast, warum es dafür überhaupt einen Haushaltsansatz gibt. Haushaltsansätze sind dazu da, dass sie Leben bringen sollen. Die Landesplanung ist bei der Ministerpräsidentin ein Waisenkind. Offensichtlich ist die Landesplanung schon stillschweigend an Herrn Rimmel übergegangen. Solche Vorgehensweisen können wir als Opposition, als CDU-Fraktion nicht akzeptieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hovenjürgen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Eiskirch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Rot-Grün die Landesregierung übernommen hat, haben wir in der Landesplanung unerledigte Vorhaben und verlorene Urteile vorgefunden. Das ist die Bilanz von Schwarz-Gelb im Bereich der Landesplanung gewesen. Viele Versprechungen im Koalitionsvertrag zur Zusammenlegung von LEP und LEPro, zu allen Fragen rund um eine ordentliche Organisation des großflächigen Einzelhandels, all diese Dinge haben nicht geklappt, sind nicht wirklich in Angriff genommen worden. Wenn sie in Angriff genommen worden sind, sind sie kläglich gescheitert, teilweise schon vor Veröffentlichung, teilweise vor Gerichten, sodass davon nichts übrig blieb als ein Trümmerhaufen.

Ochtrup war der erste Markstein Ihrer verlorenen Urteile. Mir hat neulich noch jemand aus dem Einzelhandelsverband gesagt: Eigentlich konnte man in der Anhörung zu diesem Thema nachlesen, wer alles auf die Probleme hingewiesen hat, die der Landesregierung danach vor Gericht das Genick gebrochen haben. – Sie wollten damals nicht lernen, haben es bis heute nicht getan.

Bei Datteln ist es nicht wirklich anders. Kollege Hovenjürgen nimmt ja – wahrscheinlich weil auf den Tribünen oben immer neue Zuhörerinnen und Zuhörer sitzen – immer wieder die Gelegenheit wahr, so zu tun, als wäre Datteln etwas, das man politisch

entscheiden könnte. Ich warte übrigens immer noch darauf, dass Sie mir einmal sagen, wie man das machen soll, und nicht nur, dass man das tun soll. Sagen Sie mir, was wir hier verabschieden könnten, damit Datteln am nächsten Tag möglich wäre. Nein, Sie haben das Ding versaubeutelt, wie es nur irgendwie geht, vor Gericht eine Klatsche erster Güte bekommen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie eiern herum!)

dass dieses Projekt weder an diesem Ort noch in dieser Art und Weise zu realisieren ist. Ich habe Ihnen schon mal gesagt, für Sie als CDU wäre es der politische Super-GAU, wenn es Rot-Grün gelingen würde, Datteln ans Netz zu bringen, was Schwarz-Gelb nicht geschafft hat.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Da gratuliere ich!)

Wir müssen alles dafür tun, eine geeignete Rechtsgrundlage für ein Verfahren zu finden, in dem ein Gericht überhaupt noch mal darüber entscheiden kann. Selbst dieses gibt es bisher nicht, und das ist Ihre Schuld. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben nicht nur unerledigte Vorhaben und verlorene Urteile vorgefunden, sondern selbst auf dieser Basis war Ihre Lernkurve noch negativ.

Also: Wir haben eine wirkliche Großbaustelle vorgefunden. Die neue Landesregierung hat bisher schon ein paar kluge Weichenstellungen vorgenommen.

Erstens. Das Thema „Landesplanung und Raumordnung“ ist kein Unterthema irgendeiner Spezialpolitik mehr – weder von Wirtschaft noch von Umwelt noch von irgendeiner anderen Fachpolitik –, sondern ist dort angesiedelt, wo auch die übergreifenden Punkte miteinander vernetzt werden müssen, nämlich in der Staatskanzlei. Das ist auch richtig so. Dort muss flächenübergreifend ein Ausgleich geschaffen werden, übergeordnete Planung und Ordnung des Raumes müssen deutlich werden. Deswegen noch einmal: Es ist völlig richtig, sie dort anzusiedeln.

Zu diesen Gewerken, die Sie hinterlassen, zum Teil noch nicht einmal begonnen haben, obwohl immer groß angekündigt, gehört, endlich ein einheitliches und zukunftsfestes Landesplanungsrecht, ein Planungsrecht für NRW zu schaffen. Wir werden LEPro und LEP inhaltlich zusammenfassen, so wie es die alte Landesregierung vorhatte, aber nie geschafft hat.

Die Themen, bei denen es im Vergleich zum derzeitigen LEP und LEPro den größten Aktualisierungsbedarf gibt, liegen aber auf der Hand: Anpassung an den Bevölkerungsrückgang, sparsame Flächeninanspruchnahme, Stärkung der Innenstädte, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Das sind Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam zu stellen haben, die hinterher in vielen Fachpolitiken umgesetzt werden müssen. Insofern ist es richtig – wir diskutieren ja heute nicht im luftleeren

Raum –, das auf Basis eines Haushaltplans zu debattieren.

Das ist zwar finanziell mit 2,5 Millionen € ein kleiner Bereich, aber ein großer Bereich in der Wirkung für die Veränderung. Gerade auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Veränderungswege bei uns im Land müssen wir diese Punkte miteinander diskutieren. Was bedeutet es, wenn wir weniger werden? Was bedeutet dies für die Landesplanung? Wie geht man damit gerade in einer solchen Situation um, nicht immer neue Flächen in Anspruch zu nehmen? Kollege Hovenjürgen, wir beide aus dem Ruhrgebiet wissen es wie kaum andere: Was macht man mit Flächen, die schon da sind und Probleme aufweisen, um sie für neue Nutzung fit zu machen? Wie kriegen wir es mit den Innenstädten hin, damit das, dem Sie Vorschub geleistet haben, nämlich der großflächige Einzelhandel auch auf der freien Wiese, kanalisiert wird? Es gibt keine wirklich gute Rechtsgrundlage mehr, dies hinzubekommen. Wie schaffen wir es, die Anpassungsvorgänge an den Klimawandel voranzubringen?

Beim Windenergieerlass sind wir, denke ich, auf einem guten Weg – darüber haben wir beide auch schon häufig diskutiert – mit all den Problemen, die man damit auch als Person vor Ort an der einen oder anderen Stelle haben kann. Wir sind beim Thema „Leitfaden Biogasanlagen im Außenbereich“ unterwegs. Bei dem Thema „Steuerung des großflächigen Einzelhandels“ ist es ganz wichtig, dass etwas passiert. Es geht ferner darum, einzelne Kraftwerksprojekte noch einmal in den Fokus zu nehmen, um das Thema der Umsiedlung im rheinischen Braunkohlerevier,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann ist Schluss da?)

aber vor allem darum, in diesem Jahr genau zu definieren, wie die Schnittstelle zwischen Klimaschutzgesetz und Raumordnung aussieht, sodass Klimaschutz ein wichtiges Ziel von Raumordnung ist, aber natürlich nicht das allein bestimmende für Raumordnung sein kann.

Ich bin mir sicher: Die Landesregierung wird ihre Aufgaben beteiligungsorientiert lösen. Hätten Sie das damals ernsthaft getan, wären Dinge wie in Ochtrup gar nicht passiert.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Beteiligungen werden bereits bei der Erarbeitung über die Vorgaben und nicht erst hinterher geschehen. Damit wird man eine größere Akzeptanz erreichen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau

Abgeordnete Schneckenburger das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die beiden Kollegen haben ja bereits einen zentralen Punkt der Landesplanung angesprochen, nämlich die Frage, wie Energie, Energieerzeugung künftig landesplanerisch verankert wird.

Ich habe mir im Vorfeld dieser Debatte heute – das tut man so, wenn man zum ersten Mal zu so einem Thema spricht – angesehen, wie im vergangenen Jahr zum Bereich Landesplanung debattiert worden ist. Dabei ist klar geworden: Im vergangenen Jahr ist im Wesentlichen über die Frage diskutiert worden, warum die Zusammenführung von Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogrammgesetz unter Schwarz-Gelb eigentlich nicht geklappt hat. Das war das Thema der letztjährigen Haushaltsdebatte.

Um es noch einmal festzuhalten – Kollege Eiskirch hat es auch gesagt –: Sie haben es in der alten Landesregierung nicht hinbekommen. Wir werden das jetzt tun, und wir werden das auch tun im Hinblick auf die Frage, wie Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen künftig verantwortet und auch landesplanerisch abgesichert werden muss.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Mit oder ohne Datteln?)

Das ist eine der Aufgaben, die in der vergangenen Wahlperiode nicht erfüllt wurde. Wir werden diese zentrale Aufgabe jetzt angehen.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich es auch ausdrücklich, dass die Staatskanzlei zum Dialog mit sämtlichen Regionalräten in Arnsberg eingeladen hat, weil ich der Meinung bin, dass das eine der Lehren ist, die man aus den Auseinandersetzungen, die sich rund um die Landesplanung in den vergangenen Jahren an verschiedenen Orten der Bundesrepublik, auch in Nordrhein-Westfalen, ergeben haben, ziehen muss. Landesplanung muss gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern verantwortet werden. Landesplanung muss im demokratischen, im diskursiven Prozess verantwortet werden, weil es darum gehen muss, Konflikte im Vorfeld bereits auszuräumen, damit sie nicht am Ende einer planerischen Strecke, wie beispielsweise bei Stuttgart 21, entstehen und ein noch größeres Problem aufwerfen, als das zu Beginn schon der Fall gewesen ist.

Herr Hovenjürgen hat hier ausführlich noch einmal Datteln bemüht. Es ist mir ein bisschen unverständlich, warum Sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen planerischen Ausnahmefall hier im Plenum zitieren, von dem Sie wissen, dass das Problem beim Unternehmen und nicht bei der Landesplanung liegt. Sie waren damals diejenigen, die versucht haben, die planerische Grundlage an den Planungspusch des Unternehmens anzupassen, und nicht umgekehrt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie wissen auch genau, dass es genügend Energieprojekte, Planungen für Energieerzeugung in Nordrhein-Westfalen, gibt, die völlig problemlos laufen,

(Beifall von den GRÜNEN)

die überhaupt kein Problem aufwerfen. – In Datteln gibt es ein Problem, weil sich das Unternehmen selbst ein Problem gemacht hat. Insofern kann so ein Einzelfall – tut mir leid – überhaupt nicht für die Grundlinien der Landesplanung erhalten, in der auch künftig ausgesprochen konfliktfrei energiepolitisch geplant werden wird.

Insofern ist es zu begrüßen, dass in dem eben angesprochenen Dialog zwischen Staatskanzlei und den Regionalräten in der vergangenen Woche – das fand ich sehr interessant – auch eine Studie vorgestellt wurde, in der es um die Frage geht, wie künftig die erneuerbaren Energien im Regierungsbezirk Arnsberg ausgebaut werden können. Sehr interessant, Herr Hovenjürgen, das könnten Sie sich auch einmal näher ansehen. Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren, aber es ist auf jeden Fall eine sehr interessante Studie, auch für eine CDU, die ja aus der Atomenergie aussteigen will, obwohl sie noch keinen richtigen Plan dafür hat, wie sie das eigentlich machen will, und auch keinen richtigen Plan dafür, wann sie das eigentlich machen will. Sie sind im Grunde genommen die einzige Fraktion, die noch nicht weiß, wo es langgeht, weil Sie nicht wissen, ob Sie sich am Ende nicht doch den Atomkonzernen beugen wollen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Studie der Bezirksregierung Arnsberg macht es deutlich: Es ist möglich, im Regierungsbezirk Arnsberg auf erneuerbare Energien umzusteuern. Es ist übrigens nicht nur möglich – und das sollte für eine Partei wie die CDU, die sich die Wirtschaft auf die Fahnen geschrieben hat, doch ein starkes Argument sein –, innerhalb eines bestimmten Zeitraums den Strombedarf zu 100 % aus Erneuerbaren zu decken. Darüber hinaus ist es auch möglich, 4,5 Milliarden € über einen Zeitraum von 20 Jahren im Regierungsbezirk zu generieren, also ein starkes Argument in der Wertschöpfung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Ich möchte noch ganz kurz einen weiteren Punkt ansprechen. Wir müssen uns in der Landesplanung in der Tat auch um die Frage des großflächigen Einzelhandels kümmern. Es gibt einen konkreten Konfliktfall in Remscheid. Der Herr Minister hat sich an der Stelle bereits geäußert und sich eindeutig und klar positioniert. Ich glaube, man muss künftig dennoch allgemein Rechtssicherheit in der Frage schaffen, wie mit großflächigem Einzelhandel – § 24a LEPro NRW – umgegangen werden soll.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir warten auf Vorschläge!)

Man muss Rechtssicherheit schaffen, damit die Konflikte vor Ort minimiert werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ja, wir warten auf Vorschläge!)

Wir sind für die Innenverdichtung; wir sind dagegen, Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen auszuweiten, und wir sind vor allem dagegen, zentrenschädliche Planung in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf den Weg zu schicken. Es muss uns darum gehen, die Zentren und die Städte zu stärken. Das ist auch eine Herausforderung, die sich aus dem demografischen Wandel heraus ergibt. – Besten Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Schneckenburger. – Für die FDP spricht jetzt Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die jetzige Koalition hat sich ja einmal „Koalition der Einladung“ genannt. Das wurde dann dahin verstanden, die Verschuldungspolitik weiterzuführen. Dem hat das Verfassungsgericht aber enge Grenzen gesetzt. Nun muss man sich überlegen, wie man weiter vorgehen kann. Sicherlich ist der Bereich der Landesplanung ein wichtiges Instrument, auch langfristig definierte Ziele für das Land festzulegen und auf eine möglichst breite politische Basis zu stellen. Landesplanung soll übergeordnet, übergemeindlich zusammenfassend und langfristig orientiert sein. Deswegen ist das, glaube ich, ein guter Weg.

Kollege Hovenjürgen, ich kann alles, was Sie hier gesagt haben, unterstreichen. Nur an einer Stelle wäre ich vorsichtig, und darauf hat der Kollege Eiskirch – wo er recht hat, hat er recht – zutreffend hingewiesen. Ich würde nicht den Vorwurf erheben, dass es im Bereich der Zusammenführung von Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm nicht so schnell geht. Insofern haben wir eigene Erfahrungen gemacht. Wir sind mit viel Engagement gestartet und haben auch viel auf den Weg gebracht. Aber ganz haben wir es nicht geschafft; das muss man deutlich sagen. Das ist aber ein Bereich, in dem die Truppe, die Sie in der Landesplanungsbehörde haben, sicherlich Gutes leisten kann.

Ungeachtet dessen gibt es bei der Landesplanung bestimmte Herausforderungen. Wenn wir uns in diesem Parlament einig sind und sagen, dass Industrie nicht alles ist, dass aber vieles nichts ohne Industrie ist, dann müssen wir uns um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen eben viele Sorgen

machen. Da geht es um die Zukunft, um Arbeitsplätze, um die Umwelt.

Auch bei den Fragen der Energiepolitik muss man sich überlegen, wie man damit umgeht. Frau Schneckenburger, ich teile Ihre Ansicht, wir müssten letztlich die Bezirksregierungen und die Regionalräte stärken und dürften als oberste Landesplanungsbehörde nicht operativ in das Geschäft eingreifen, sondern müssten die politischen Vorgaben deutlich machen. Wenn wir uns insofern einigen, wenn wir Ja zum Energiestandort und Ja zu einer Energieversorgung – ich lasse einmal offen, welche Art der Energieversorgung, und lasse einmal außen vor, dass ich der Kernkraft nach wie vor noch durchaus aufgeschlossen gegenüberstehe – sagen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir gemeinsame Projekte haben, die wir gemeinsam verwirklichen können.

Ich denke in diesem Zusammenhang einmal an die Freihaltung von Trassen, um Energie von der Gewinnungsstelle zu den Verbrauchern zu bringen. Wir müssen uns im Bereich der Landesplanung in besonderem Maße Gedanken über Leitungsbänder machen und Trassen für Leitungen – die wir ja nicht selber bauen – großzügig freihalten. Dann könnten wir auch auf regionale Probleme wie zum Beispiel bei der Kohlenmonoxidleitung von Dormagen nach Krefeld anders eingehen. Wenn wir überlegen, welche Möglichkeiten existieren, solche über die derzeit unterschiedlichen politischen Vorstellungen über die Energieerzeugung hinausgehenden Probleme anzugehen, und sie gemeinsam zu lösen versuchen, dann wäre das, glaube ich, ein richtiger Weg.

(Beifall von der FDP)

Sie könnten natürlich sagen: Warum habt ihr das nicht selbst gemacht? – Ja, es ist richtig, dass die Landesplanung in der Staatskanzlei verankert ist. Ich hatte eben schon gesagt, dass Landesplanung übergeordnet, zusammenfassend und langfristig orientiert sein muss; darum ist die Staatskanzlei der richtige Standort. Aber nochmals meine dringende Bitte: Lassen Sie uns die Landesplanung auf Ebene der Ministerien als politischen Kopf definieren, der eben nicht – wie es in der Zeit von 2000 bis 2005 der Fall war, wo seitens des Umweltministeriums sehr dirigistisch vor Ort eingegriffen wurde – operativ das Geschäft macht! Lassen Sie uns die Kompromisse dort finden, wo die Leute das gelernt haben! Die Bezirksregierungen sind als alleinige Vertreter der Landesregierung vor Ort darauf getrimmt, Abwägungsprozesse durchzuführen und zu einem konsensualen Ergebnis zu kommen. Auf der Ebene der Ministerien sollten die politischen Vorgaben – beispielsweise durch ein Ja zur Industrie oder durch ein Ja zur Energiegewinnung – definiert werden; vor Ort sollte dann das operative Geschäft laufen. Ich glaube, das wäre der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, wir haben auch in anderen Bereichen Fragen: Das Klimaschutzgesetz im Bereich der Landesplanung zu verankern – ist das rechtlich so haltbar? Da mache ich mehr als fünf Fragezeichen; das muss man sicherlich einmal prüfen. Ich glaube, dass das nicht haltbar sein wird. Doch dazu wird es vielleicht noch Beratungen geben.

Wenn Sie meinen, dass der Begriff „Koalition der Einladung“ über das Verschuldungsprinzip, das Sie, um die Linken einzukaufen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir lassen uns nicht einkaufen!)

verfolgt haben und mit dem Sie gescheitert sind, hinausgeht, wenn Sie vom Verschuldungsprinzip also Abstand nehmen, dann kann ich sagen: Auf der fachlichen Ebene – und da nenne ich gerne auch den Bereich der Landesplanung – werden wir gerne mitdenken, um einen breiten Konsens zum Wohle Nordrhein-Westfalens zu finden. Bei den existenziellen Problemen müssen wir eine gemeinsame Position finden. Das Thema „zusätzliche Verschuldung“ ist jetzt, hoffe ich, abgearbeitet. Wir sind gespannt auf den Haushalt, den Sie vorlegen werden. Sie haben die einmalige Chance, bei sprudelnden Steuerquellen vieles zu bewirken. Wir schauen zu, wie Sie das machen.

Wir laden Sie ein, wenn das ernst gemeint ist, sofern die Grundlagen stimmen, dass Sie der Verschuldungspolitik im Sinne einer nicht verantwortbaren Negierung des Begriffs Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik abschwören. Wenn das so ist, dann können wir in Einzelfragen sicherlich sehr sinnvoll zusammenarbeiten. Ich für meine Person biete Ihnen das dann jedenfalls gerne an. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute über Landesplanung diskutieren, müssen wir zunächst einmal konstatieren, dass die regierungstragenden Fraktionen mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben haben. Ich habe ihren Reden mit Interesse zugehört. Eine politische Nachbetrachtung von SPD und Grünen zur Politik von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren mag vielleicht einen gewissen Ablenkungseffekt haben. Es ist auch überhaupt keine Frage, dass es desaströse Urteile gab, für die die ehemalige Landesregierung von CDU und FDP verantwortlich ist. Das hilft Ihnen aber in der Problematik, das Land tatsächlich voranzubringen und zu zeigen, wie eine Landesentwicklung tatsächlich aussehen müsste, wenig weiter.

Der entscheidende Punkt ist: Sie weichen im Moment bei allen Fragen strukturpolitischer Art in Nordrhein-Westfalen vor konkreten Aussagen zurück. Sie setzen alles auf die Zeitachse. Das ist beim Kraftwerk Datteln genauso der Fall wie bei der CO-Pipeline und beim Gas-Fracking. Sie geben keine klaren Antworten, sondern verschieben alles in die Zukunft und setzen auf die Zeitachse. Sie reden sich immer wieder heraus.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte sehr deutlich machen, dass Die Linke für eine ökologische und soziale Landes- und Regionalplanungspolitik steht. Diese muss in der Tat nachhaltig sein. Das ist ernst gemeint. Wenn wir einen sozialökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen wollen, muss dieser natürlich auch planungsrechtlich abgesichert und begleitet werden. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gibt es nur gemeinsam. Sie gehören zusammen. Das muss sich in Stadt und Land, an allen Stellen und in allen Politikbereichen konkret widerspiegeln.

Wir stehen als Linke für eine regionale Strukturpolitik. Das wurde von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren in keiner Weise gemacht. Sie haben alle Kompetenzen den IHKs überlassen und dadurch auch die Mitsprachemöglichkeiten aufgelöst und zunichte gemacht, die man in der Vergangenheit in regionalen Konsensrunden hatte. An dieser Stelle möchte ich sehr deutlich sagen, dass wir als Linke auf Bürgerinformation, Bürgerbeteiligung und Transparenz achten werden. Dies ist in allen planungsrechtlichen Angelegenheiten notwendig. Das ist etwas, was CDU und FDP überhaupt nicht gemacht haben. Bisher gibt es aber auch bei SPD und Grünen nur zarte Ansätze.

Zur Energiepolitik muss ich einerseits sagen: Wir wollen eine moderne und nachhaltige Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen moderne Dienstleistungen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Gerade in der Industriepolitik gab es bei den Grünen immer große Beharrungskräfte. Ich weiß, wovon ich rede. Ich war immer ein Vorreiter dafür, andere Schritte zu gehen. Die Grünen sind in der Frage aber nach wie vor Blockierer.

Auch zum Thema Energiepolitik: Wir sind als Linke für den sofortigen Ausstieg aus der Atompolitik in Nordrhein-Westfalen. Bei Gronau gibt es nichts Konkretes. Auch in diesem Punkt warten wir auf Initiativen, damit Gronau endlich seinen Betrieb einstellt.

(Beifall von der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt darauf, wie es bei Ihnen weitergeht.

Zur Braunkohle: Der Sündenfall von Garzweiler ist mittlerweile über zehn Jahre her. Die Braunkohle-

verstromung in Nordrhein-Westfalen geht weiter. Auch dazu sagen wir klipp und klar: Diese größten Dreckschleudern in Europa müssen endlich stillgelegt werden,

(Beifall von der LINKEN)

und die sozial nicht verträgliche Umsiedlungspolitik muss beendet werden.

Wir brauchen endlich eine neue Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen ein Energie-wendeszenario von SPD und Grünen, welches wir tatsächlich im Landtag diskutieren können. Auch hier muss man wieder sagen: Sie sind die Antworten bisher schuldig geblieben. Sie haben es aus dem Programm genommen, aber nicht gesagt, was Sie konkret machen wollen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wehren uns überhaupt nicht dagegen, dass das Landesentwicklungsprogramm und der Landesentwicklungsplan novelliert werden. Von mir aus ist auch die Zusammenlegung eine Möglichkeit. Darüber werden wir sicherlich noch diskutieren. Das Wesentliche dabei ist aber doch, dass bürokratische Hürden abgeschafft werden und trotzdem eine erweiterte und demokratische Mitbestimmung ermöglicht wird. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Vorschläge. Auch das ist wiederum nur Ankündigungspolitik. Sie sagen zwar, in welche Richtung Sie gehen wollen, sagen aber nicht konkret, wie Sie das machen wollen. Wir werden Sie weiter mit diesen Angelegenheiten konfrontieren und weiter treiben.

Wir wollen eine sozial-ökologische Planungs- und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagemel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Landesplanung bedeutet überörtliche Koordination und Entwicklung. Sie bedeutet auch fachübergreifenden Interessenausgleich, Beteiligung und Moderation.

Landesplanung kann deshalb entscheidend zur Konfliktbewältigung, zu einer nachhaltigen Landesentwicklung beitragen. In diesen Zeiten sollte uns das besonders vor Augen stehen. Vor diesem Hintergrund haben sich die Regierungsparteien darauf verständigt, die Zuständigkeit der Landesplanung und Raumordnung in der Staatskanzlei des Landes NRW zu verorten. Herr Hovenjürgen, das mag vielleicht ein Hinweis auf die Richtlinienkompetenz für Sie sein.

Das zentrale Projekt im Bereich der Landesplanung ist der neue Landesentwicklungsplan, der die Ziele und Grundsätze der Raumordnung – bisher enthalten im Landesentwicklungsprogramm von 1989 und im inhaltlich veralteten Landesentwicklungsplan von 1995 – in einem einheitlichen Plan zusammenfassen und damit das Planungssystem in NRW vereinfachen und übersichtlicher gestalten soll.

Mit der Neufassung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung soll eine stärkere Ausrichtung auf eine nachhaltige Raumentwicklung und veränderte gesellschaftliche Erfordernisse an die Nutzung des Raumes gegeben werden. Dazu gehören zum Beispiel die Anpassung an die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, die Ausrichtung auf eine sparsame Inanspruchnahme von Flächen im Freiraum und die Anpassung der Raumordnungsziele an die Herausforderungen des Klimawandels, etwa durch die Schaffung von raumordnerischen Voraussetzungen, die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch den vermehrten Einsatz von Nah- und Fernwärme.

Insbesondere sollen raumordnerische Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass in den Regionalplänen im Dialog mit Kommunen und Verbänden die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergienutzung überprüft und optimiert wird. Wir werden mit diesem neuen Landesentwicklungsplan die räumliche Entwicklung für ca. 15 Jahre festlegen, auch im Sinne von Prävention, die hier deutlich sichtbar wird.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist ein Belang, der bereits auf der planerischen Ebene umfassend zu berücksichtigen ist. Sämtliche Planungen sind darauf auszurichten, dass Klimaverträglichkeit und Energieeffizienz optimal umgesetzt werden. Das gilt für die Energieerzeugung genauso wie für die Ansiedlungsplanung und die Verkehrsplanung. Wir wollen dabei im Dialog mit den Menschen die Chancen der Windenergie in Nordrhein-Westfalen auch mit regional- und landesplanerischen Mitteln nach vorne bringen.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir aber gespannt!)

Für die Nutzung der Windenergie sollen in den Regionalplänen Vorranggebiete für die Windenergienutzung so festgelegt werden, dass diese insgesamt 2 % der Landesfläche umfassen. Dazu muss natürlich beispielsweise die Windhöufigkeit untersucht

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und die Trassen!)

und die einzelnen Regionalpläne müssen aufeinander abgestimmt werden. Als Ausschlussgebiete gelten ausgewiesene Naturschutzgebiete.

(Zuruf von der CDU)

Aber neben der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen sollen insbesondere das

Flächen- und Windenergiepotenzial entlang der überörtlichen Bundesfernstraßen und Eisenbahnstrecken sowie gegebenenfalls in Gewerbegebieten untersucht werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da sind wir aber gespannt!)

Meine Damen und Herren, im Sinne der nachhaltigen Entwicklung kommt außerdem der raumordnerischen Steuerung einer flächensparenden Siedlungsentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Die Landesregierung unterstützt das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2020 bundesweit auf 30 ha pro Tag, das heißt für Nordrhein-Westfalen auf 5 ha pro Tag, zu senken – das ist eine gewaltige Herausforderung.

Die Raumordnung trägt zur Erreichung dieses Ziels unter anderem durch eine systematische Erfassung von Flächenreserven und der Flächeninanspruchnahme, die Ermittlung des Flächenbedarfs und – daraus resultierend – die bedarfsgerechte Darstellung von allgemeinen Siedlungsbereichen sowie Gewerbe- und Industrieansiedlungsgebieten in den Regionalplänen bei.

Ein weiterer und letzter Punkt, den ich nennen möchte, ist die auch schon angesprochene rechtssichere Steuerung des großflächigen Einzelhandels im Rahmen der Neufassung des LEP. Hierzu erarbeitet die Landesplanung derzeit im Dialog mit der Wissenschaft entsprechende Kriterien, die den Anforderungen an überörtliche landesplanerische Ziele genügen. Wir sind überzeugt, dass wir mit dieser neuen Organisation die Voraussetzungen geschaffen haben, um einen ganzheitlichen, nachhaltigen und damit präventiven Ansatz auch in der Landesplanung voranzubringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Da zu diesem Teilbereich keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum

Teilbereich Europa und Eine Welt

Die Debatte eröffnet die CDU. Frau von Boeselager hat das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe in den letzten Monaten immer mehr den Eindruck, dass wie wild hin und her gerechnet wird, anstatt sich auf die Inhalte zu konzentrieren. Dabei werden Berge von Papier produziert, und nicht nur ich vermisse eine klare Linie.

Den letzten Sachstand zum Haushalt für Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt teilte der Chef der Staatskanzlei, Herr Staatssekretär Lersch-Mense, dem Landtagspräsidenten Eckhard Uhlenberg mit Schreiben vom 9. März mit. Es heißt da, dass der Entwurf des Einzelplans 02 durch die nach der Regierungsneubildung erfolgte Umressortierung erhebliche Änderungen erfahren habe. Weiter heißt es da, dass es aus drucktechnischen Gründen nicht möglich gewesen sei, die Einarbeitung der den Einzelplan 02 betreffenden Veränderungen aus der zeitgleich eingebrachten Ergänzungsvorlage Drucksache 15/1300 zu berücksichtigen. Bei diesen Veränderungen handelt es sich um Ansatzreduzierungen, die dann aufgelistet werden. Sie betreffen auch die Ressorts Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt.

In der Bilanz stehen für Europa jetzt etwa 2,7 Millionen € zur Verfügung, also etwa 200.000 € weniger als im Etat 2010. Das Kapitel Internationale Angelegenheiten und Eine Welt wird mit gut 6,3 Millionen € ausgestattet – das sind etwa 600.000 € mehr als im Ansatz des letzten Jahres. Daraus wird zunächst deutlich, dass es weniger für Europa gibt, dafür aber erheblich mehr für den Haushalt Internationale Angelegenheiten und Eine Welt.

Wenn man beide Titelgruppen miteinander verrechnet, bleibt ein Plus von etwa 400.000 €. Solche Zahlen sind für sich genommen noch nicht wirklich aussagekräftig, sondern zeigen höchstens eine Richtung an. Wichtig ist, dass sie solide sind und in einem realistischen Bezug zu dem Rahmen stehen, an dem sie sich messen lassen müssen.

Zu diesem Rahmen gehört generell das Gebot, den Gesamthaushalt zu konsolidieren und das verfügbare Geld, das ja nun sehr knapp und eigentlich gar nicht vorhanden ist, einmal mehr effizient einzusetzen – das ist ein Imperativ. Und zu diesem Rahmen gehört, dass das Geld gezielt und auch richtig genutzt wird, nämlich für Aufgaben, die wir wahrnehmen wollen, und für Anliegen, von denen wir uns eine Bereicherung versprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beide Ziele sind von der Landesregierung aus unserer Sicht verfehlt. Wer das Kapitel „Europa“ und das Kapitel „Internationale Angelegenheiten und Eine Welt“ analysiert und Ihre Erläuterungen dazu liest, der sieht, dass Sie in Strukturen investiert haben und nicht in Substanz. Sie verplanen das Geld für Netzwerke und Kanäle anstatt für Ideen und lebendige Initiativen.

Zum Kapitel „Europa“ schreiben Sie einleitend – ich zitiere –: Es ist daher beabsichtigt, die laufenden Aktivitäten zur Verbesserung der Europafähigkeit sowohl der Landesregierung selbst als auch von Kommunen, Bildungseinrichtungen und Organisationen der Wirtschaft auf hohem Niveau fortzuführen und an einigen Stellen gezielt zu ergänzen.

Das klingt gut – ich bin natürlich auch dafür –, aber die Gewichtung, die Sie im Haushaltsentwurf vornehmen, stimmt nicht. Die Statik ist eine Katastrophe. Sie wollen Institute und Institutionen fördern und bei den Projekten streichen. Es bleibt bei farblosen administrativen Leistungen, und es fehlen lebendige erfahrbare Initiativen.

Noch eklatanter ist das bei dem Ansatz für die Eine-Welt-Politik. Da entdecken Sie die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit als neue Aufgabe.

(Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Hier baut sich die ganz große Gefahr auf, dass das wieder eine Aktiva bringt und dazu jede Menge Passiva. Hier haben wir die Erfahrung schon gehabt. Wir haben ja zu alten Zeiten erleben dürfen, dass damit vor Ort in den Kommunen zum Beispiel Kochkurse und Ähnliches finanziert wurden. Ich denke, in einem Haushalt, der so desolat ist wie der jetzige, kann das nun nicht der Anreiz für die Zukunft sein.

Was wir vermissen, ist vor allen Dingen ein Mehrwert an Ideen. Wir vermissen, dass hier neue Kontakte und neue Vorstellungen entwickelt werden. Was wir sehen, sind neue Konferenzen, Publikationen und Bürobetrieb. Ich denke, das ist bei dieser Haushaltslage in vielen Situationen auch verzichtbar.

Der Haushaltsentwurf spiegelt in den beiden Kapiteln genau das wider, was das Manko im Blick auf Ihre politische Gestaltung insgesamt ist: Sie ist statisch, unausgewogen und ohne Esprit. Sie setzen jetzt ein finanzielles Plus zum Beispiel für das Polen-Jahr ein.

(Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Es wäre auch eine Farce, wenn Sie das im Polen-Jahr nicht täten. Aber Sie müssten eigentlich noch viel mehr tun. Sie haben es versäumt, hier etwas in Bewegung zu bringen. Sie hatten dazu alle Chancen. Aber die eigentlichen Vorhaben, wie wir sie uns vorgestellt haben, haben wir bisher noch nicht gesehen. Wir haben sehr oft darauf hingewiesen. Dabei wäre es ja mit wenig Aufwand möglich.

Was Sie bisher zustande gebracht haben, ist, dass Sie auf einer Internetseite einen Wettbewerb über 127.000 € ausgeschrieben haben. Die Seite gibt es übrigens immer noch. Dort steht jetzt allerdings: Der Wettbewerb ist vorbei. Dort gibt es einen Veranstaltungskalender, der nicht funktioniert. Da, wo ein Funken Leben drin war, zum Beispiel im deutsch-französischen Dialog, gibt es jetzt im neuen Jahr keine Mittel mehr.

In dieser Wahlperiode, Frau Ministerin – das muss man deutlich ansprechen –, warten wir vergeblich nicht nur auf kluge parlamentarische Initiativen von Ihnen, die Sie auf „Europa“ und „Internationale An gelegenheiten und Eine Welt“ beziehen. Das ist

nicht in Sicht. Wir warten überhaupt auf Initiativen. Auch von den Kolleginnen und Kollegen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen warte ich immer noch auf die großen Anträge in dieser Wahlperiode. Aber es kann ja noch kommen.

Sie streichen die Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland, aber Sie tasten die Europafähigkeit mit der Öffentlichkeitsarbeit, der Kommunikation und dem Dialog nicht an. Das heißt: Foren und Konferenzen statt lebendiger Partnerschaft.

Sie erhöhen die sächlichen Verwaltungsausgaben, vernetzen und beraten, aber Sie wollen für die Benelux-Kooperation und die direkten Kontakte in unsere europäischen Euregios weniger Geld in die Hand nehmen, obwohl das vor Kurzem noch der Eckpfeiler sein sollte.

Ich denke, was wir bisher gelesen und mitbekommen haben, reicht nicht aus. Es ist schade, bedauerlich. Vielleicht ändert sich ja noch etwas. Wir würden es uns wünschen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau von Boeselager. – Für die SPD spricht jetzt Herr Töns.

Markus Töns (SPD): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein großer Tag für Europa, für Nordrhein-Westfalen und für meine Heimatstadt. Diese Bemerkung sei mir zu Beginn erlaubt. Heute spielt nämlich der einzig verbliebene deutsche Club in der Champions League.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Heute spielt der FC Schalke 04 um den Einzug ins Halbfinale der Champions League, und er wird es auch erreichen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist alles nur Kaffeesatz und Optimismus! – Britta Altenkamp [SPD]: Das will wirklich keiner hören! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Doch!)

– Doch, auch wenn das zu teilweisem Protest führt. – Aber, meine Damen und Herren, Europa ist mehr als Fußball. Europa ist ein spannendes Politikfeld, ganz besonders für Nordrhein-Westfalen. Und Europa ist ein Querschnittsthema in der Landespolitik.

Ich vermisse gerade Frau von Boeselager.

(Zuruf von der CDU)

Meine Kolleginnen und Kollegen haben mir gerade geraten, nichts mehr zu der Rede zu sagen. Aber ich will das trotzdem gleich noch tun.

Dieses Querschnittsthema ist umso wichtiger, weil hier auch eine koordinierende Aufgabe der Landespolitik liegt. Ich glaube, mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 zeigt die Landesregierung, dass sie die

richtigen Schwerpunkte setzt, Schwerpunkte, die im Koalitionsvertrag schon angelegt wurden.

Frau von Boeselager, vielleicht haben Sie vor dem Hintergrund der finanziellen Situation, die wir hier haben, und der Haushaltsituation im Allgemeinen etwas falsch verstanden. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: Nordrhein-Westfalen braucht eine verfassungstreue, solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik, damit politische Gestaltungsräume auch in Zukunft erhalten bleiben bzw. wieder eröffnet werden können. – Das ist ein Zitat aus dem CDU-Änderungsantrag, über den wir morgen abstimmen werden. Ich habe hier aber die ganze Zeit nur die Forderung nach einem Aufwuchs im Bereich Europa und Eine Welt gehört, dass man mehr ausgeben und mehr tun sollte. Ich glaube, dass wir mit dem Wenigen, was wir im Haushalt haben, sinnvoll umgehen. Insofern sollten Sie sich einmal anschauen, Frau von Boeselager, was Ihre eigene Fraktion an dieser Stelle beantragt.

Wir wählen den proaktiven Ansatz in der Europapolitik. Es ist gerade auf europäischer Ebene von ganz besonderer Bedeutung, sich frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubringen. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das größte Bundesland, es ist auch wirtschaftlich eine der stärksten Regionen innerhalb der EU. Deshalb wäre es geradezu fahrlässig, keine aktive Europapolitik zu betreiben.

Frau Dr. Schwall-Düren tut das mit ihrem Haus auf europäischer Ebene sehr erfolgreich. Dieser Ansatz lässt sich auch dem Haushalt 2011 entnehmen.

Da sind die Aktivitäten in Brüssel und bei der Kommission genauso zu nennen wie die verstärkte Zusammenarbeit mit unseren direkten Nachbarn. Gerade Belgien und die Niederlande sind in vielen europäischen Fragen wichtige Ansprechpartner. Dies zu verstärken und auszubauen ist von enormer Bedeutung.

Aber auch Kontakte zu den Ländern wie Polen sind von besonderer Bedeutung und finden, wie bereits erwähnt, im Haushalt bei den Aktivitäten zum begonnenen Polen-NRW-Jahr ihren Niederschlag.

An dieser Stelle muss ich einen kleinen Einschub machen. Frau von Boeselager hat eben kritisiert, dass das Polen-NRW-Jahr im Haushalt nicht ordentlich berücksichtigt wird. Das finde ich sehr merkwürdig. Denn sie war in einer Ausschusssitzung nicht bereit, sich einem Antrag aller anderen Fraktionen anzuschließen, sondern wollte eine Sonderrolle haben. In letzter Konsequenz hat sie damit die Aktivitäten zum Polen-NRW-Jahr abgelehnt. Insofern kann ich das nicht nachvollziehen.

Die polnische Geschichte ist in ganz besonderer Weise mit der Geschichte Nordrhein-Westfalens verbunden. Deshalb ist diese Aktivität der Landesregierung in diesem Jahr von besonderer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Aspekt für die Koalition ist die schon seit Langem geforderte Europafähigkeit der Kommunen. Hier haben wir enormen Aufholbedarf, auch deshalb, weil sich die schwarz-gelbe Landesregierung diesem Thema immer verweigert hat. Aber Sie haben ja jetzt jenseits jeder ideologischen Debatte die Möglichkeit, über Ihren Schatten zu springen und sich bei diesem wichtigen Thema anzuschließen. Ich lade Sie dazu ausdrücklich ein, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Aber es geht nicht nur um die Europafähigkeit der Kommunen. Auch die Landesverwaltung muss in ihrer Europafähigkeit gestärkt werden. Das ist ein ganz zentraler Schritt. Stillstand wäre hier Rückschritt. Das muss unbedingt vermieden werden. An dieser Stelle ist allerdings deutlich zu betonen, dass dies ein ganz zentrales Querschnittsthema ist, das nicht alleine bei der Europaministerin liegen kann, sondern das das gesamte Kabinett erarbeiten muss.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Töns, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jostmeier zu?

Markus Töns (SPD): Gerne.

Werner Jostmeier (CDU): Vielen Dank dafür, Herr Kollege Töns. – Sie sagten gerade, dass sich die schwarz-gelbe Koalition völlig verweigert hat, was die Europafähigkeit des Landtags und des Landes betrifft. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass im vergangenen Jahr unter der schwarz-gelben Landesregierung mit unserer Mehrheit im Parlament im Hauptausschuss in diesem Themenbereich gerade für die Europafähigkeit des Landtages zwei zusätzliche Stellen geschaffen worden sind?

Ich kann hinzufügen, dass das Parlamentsinformationsabkommen mit der Staatskanzlei gerade deshalb – mit großem Erfolg – geschaffen worden ist, um den Informationsaustausch herzustellen. Ich könnte noch weitere Beispiele nennen.

Markus Töns (SPD): Herr Jostmeier, ich danke Ihnen für diese Frage. Dies ist ein ganz interessanter Aspekt. Sie sollten allerdings berücksichtigen, dass die SPD-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode zum einen immer die Einrichtung eines eigenständigen Europaausschusses gefordert hat, weil dieser Bereich im Hauptausschuss quasi unterging. Zum anderen haben wir immer einen Aufwuchs der Stellen in der Landtagsverwaltung gefordert, weil gerade „Europa“ als Querschnittsthema für das Parlament an sich von enormer Bedeutung ist.

Darüber hinaus möchte ich anmerken, Herr Jostmeier, dass ich auch von der Europafähigkeit der

Kommunen gesprochen habe, als es darum ging, dass sich die Landesregierung nachhaltig verweigert hat. Ich glaube, dass das ein Fehler war.

Ein weiterer Aspekt im Einzelplan 02 des Haushaltes ist die Eine-Welt-Politik. Sie ist in die Staatskanzlei zurückgekehrt, was ich gut finde, und liegt somit im Verantwortungsbereich der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien. Das ist ein ganz wichtiger Schritt gewesen, denn nun bekommt dieses wichtige Politikfeld den Stellenwert, den es verdient.

Auch inhaltlich passt die Eine-Welt-Politik zu Europa und internationaler Politik. Hier gibt es ganz wichtige Verknüpfungen. In diesem Haushaltsbereich werden wir unter anderem das Koordinatorenprogramm stärken und unterstützen. Es ist für uns von besonderer Bedeutung, die gute Arbeit weiter zu sichern.

Jetzt komme ich wieder auf den Redebeitrag von Frau von Boeselager zurück: Sie sollten eigentlich wissen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wie wichtig dieses Koordinatorenprogramm ist. Nichtsdestotrotz haben Sie im Ausschuss eine Debatte gerade zu diesem Haushaltsansatz geführt. Das ist aus meiner Sicht völlig unverständlich. Vielleicht sollten Sie an dieser Stelle noch einmal in sich gehen, versuchen nachzuvollziehen, welche gute Arbeit hier geleistet wird, und dies unterstützend würdigen.

Abschließend möchte ich noch zwei kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Dieser Haushaltsplanentwurf im Einzelplan 02 in den Bereichen Europa und Eine Welt zeigt die Bedeutung, die diesen Querschnittsfeldern zukommt. Das ist unter den gegebenen Umständen natürlich nicht einfach. Wir machen es uns auch nicht leicht. Das kann jeder. Wir nehmen die komplizierten Aufgaben gerne an.

Zweitens – damit komme ich noch einmal auf den Anfang meiner Rede zurück –: Heute Abend sind wir alle – auch wenn die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD das vielleicht nicht so sieht – Schalker. Denn es geht auch darum, Europa zu zeigen, dass Fußball in Nordrhein-Westfalen die Musik spielt. – Glück auf!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf: Dortmund wird Meister!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Töns, ich gönne Schalke den Sieg. Aber nach dem Plenum bin ich da zu finden, wo ich zu Hause bin, nämlich

bei der Mitgliederversammlung von Fortuna Düsseldorf.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist nicht bloß ein Teil im Rahmen einer geografischen Aufteilung der Welt, und es ist auch nicht – in Form der Europäischen Union – nur ein Wirtschaftsbündnis. Europa begegnet uns tagtäglich und prägt mehr und mehr all unsere Lebensbereiche. Die europäische Integration ist ein Projekt für dauerhaften Frieden und eine nachhaltige Entwicklung. Ökonomisch, ökologisch und sozial wächst zusammen, was zusammengehört.

Während für viele Europa eine Herzensangelegenheit ist, ist für NRW auch die Tatsache bedeutend, dass es im Herzen Europas liegt. Wir profitieren stark vom europäischen Integrationsprozess, stehen aber auch in der Verantwortung, diesen Prozess auf allen Ebenen mit voranzutreiben. Europa ist deshalb auch Landespolitik.

Notwendige Ausgangslage dafür ist die Europafähigkeit aller Beteiligten. Daher stärken wir dauerhaft die Europafähigkeit in der Region, aber vor allem vor Ort. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger Europa verstehen und hautnah miterleben können, lernen sie auch, zu schätzen, was dieses große Projekt an Vorteilen für uns alle bringt. Diese Vorteile überwiegen mögliche Nachteile bei Weitem – auch und erst recht in Zeiten der Krise. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns gezeigt, dass grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit und Solidarität wichtig sind, um den erreichten ideellen und materiellen Wohlstand in Europa zu erhalten.

Im Haushaltsentwurf 2011 sind – das ist aus den vorgenannten Gründen besonders wichtig – keine Verluste zu verzeichnen, die sich auf unsere europapolitischen Ambitionen auswirken würden. So freuen wir uns, dass wir unter anderem weiterhin die Europaschulen ihrem Bedarf entsprechend fördern und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten sicherstellen können.

Dennoch wird es in dieser wirtschaftlich schwierigen Lage nicht leicht werden, diese und auch alle weiteren Vorhaben umfassend umzusetzen. Wir benötigen daher einen gemeinsamen Kraftakt über alle Parteigrenzen hinweg. Ich möchte alle Oppositionsparteien dazu einladen, mit uns gemeinsam weiter am Haus Europa zu bauen.

(Beifall von Markus Töns [SPD])

Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass ich Zweifel daran habe, dass uns das gelingt. Meine Zweifel rühren aus den bislang bekanntgewordenen Sparvorschlägen der CDU-Fraktion. Mit diesen Sparvorschlägen wird kein Beitrag dazu geleistet, strukturell und intelligent die Neuverschuldung zu

senken. Hier wird lediglich in kopfloser Art und Weise der Rasenmäher ausgepackt. Da wäre zum Beispiel der Vorschlag einer 2%igen Kürzung bei allen Förderprogrammen zu nennen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist doch kein Problem!)

– Das ist schon ein Problem. – Auf die Frage, was damit genau gemeint sei, hat der Kollege Weisbrich in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erläutert, seine Fraktion beziehe sich hierbei insbesondere auf all jene Titel, die im Haushalt die Gruppenbezeichnungen 68 und 89 tragen – einzelne Titel aber ausgenommen. Diese einzelnen Titel herausgerechnet, heißt das für den Einzelplan 02 im Bereich Europa beispielsweise, dass wir die Zuschüsse zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Beneluxraum oder auch die Zuschüsse für Projekte anlässlich des Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahres kürzen müssen.

Ich frage Sie, Herr Laumann, Frau von Boeselager: Ist das der Ansatz, den Sie fahren wollen? Ist es das, was Sie kürzen wollen: die Kooperation mit den Beneluxstaaten, unsere Kooperationen beim Polen-NRW-Jahr?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: 2 %!)

Haben Sie das einmal durchgerechnet? Bei diesem Etat macht sich das schon bemerkbar.

(Zuruf: Ach!)

Meine Kolleginnen und Kollegen, unsere Blicke dürfen nicht an den Grenzen von Europa haltmachen. Es liegt im existenziellen Interesse Nordrhein-Westfalens, unseren Beitrag dazu zu leisten, die Welt gerechter, friedlicher, ökologischer, wirtschaftlich zukunftsfähiger und nachhaltig zu gestalten. In diesem Sinne muss eine zukunftsfähige Eine-Welt-Politik ausgestaltet sein. Dafür setzen wir uns tagtäglich ein, und dafür setzen wir auch deutliche Schwerpunkte im Haushalt 2011.

Obwohl wir sparen müssen, nimmt der Anteil für internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik zu. Nach Jahren der Stagnation und der Mittelkürzungen unter Schwarz-Gelb können wir nun endlich wieder einen Beitrag dazu leisten, diesen wichtigen Bereich mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Das satte Plus von 600.000 € für die internationale und Eine-Welt-Politik ist ein voller Erfolg. Das ist ein Erfolg – das darf ich in aller Bescheidenheit hier sagen –, an dem wir als Grüne nicht ganz unbeteiligt gewesen sind.

Es ist richtig, dass insbesondere die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit – da gucke ich in Richtung FDP-Fraktion und sage noch einmal: insbesondere die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit – und die Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

nicht nur inhaltlich mit Leben gefüllt, sondern auch finanziell unterfüttert werden.

Weiterhin ist sichergestellt, dass das Eine-Welt-Netz NRW und die Länderforen ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit verrichten können.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist Bundesaufgabe!)

Die Eine-Welt-Arbeit wird in Nordrhein-Westfalen durch ein bundesweit einmaliges Programm gefördert. Mit Impulsen aus 15 Regionalstellen und acht Fachstellen wird die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Land gestärkt und weiterentwickelt. Die Koordinatoren geben Anstöße für global verantwortliches und vernetztes Denken und Handeln, thematisieren Eine-Welt-Fragen in der Öffentlichkeit, wecken das Interesse für eine weltoffene Gesellschaft und motivieren zum Eine-Welt-Engagement. Sie vernetzen die Akteure und schaffen damit neue Möglichkeiten des Engagements. Mit Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen setzen sie Bildungsprojekte in die Tat um und beraten Akteure dabei, ihr Engagement wirkungsvoll weiterzuentwickeln.

Die Millennium-Entwicklungsziele und die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen bilden die zentralen Elemente des Arbeitsauftrags. Über 2.800 entwicklungspolitische Vereine und Gruppen aus ganz Nordrhein-Westfalen sind beim Dachverband Eine Welt Netz NRW registriert, der zusammen mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit die Trägerschaft für das Koordinatorenprogramm ausübt.

Um die unter Schwarz-Gelb stagnierenden Mittel nun endlich wieder anzuheben, wurden für das Koordinatorenprogramm 80.000 € mehr eingeplant. Das ist ein weiterer Erfolg und verschafft der Eine-Welt-Arbeit in NRW endlich wieder Rückenwind.

Die Steigerung der kommunalen Eine-Welt-Arbeit um 270.000 € ist deshalb so wichtig, weil der Beitrag der Kommunen für die Entwicklungszusammenarbeit stetig an Bedeutung gewinnt, beispielsweise in Form von Projekten und Städtepartnerschaften. Darunter fällt auch der Austausch von lokalen Expertinnen und Experten zur aktiven Entwicklungszusammenarbeit. Damit die Kommunen und die kommunalen Verbände bei ihren entwicklungspolitischen Maßnahmen unterstützt werden, mussten entsprechende Mittel endlich bereitgestellt werden, zumal unter Schwarz-Gelb an dieser Stelle die Axt angelegt worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es sind nicht nur Versprechen, die wir Grünen im Wahlkampf gemacht haben. Es folgen auch die Taten in Regierungsverantwortung. Diese haben wir mit diesem Haushalt schwarz auf weiß. Das kann sich mehr als sehen lassen.

Kurzum: Nordrhein-Westfalen wird mit diesem Haushalt 2011 seiner Internationalität, seiner europäischen und seiner globalen Verantwortung in vollem Umfang gerecht. Und das ist gut so! – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Engstfeld. – Für die FDP spricht jetzt Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn bei den Grünen eine Rede mit den Worten beginnt: „Obwohl wir sparen müssen“, dann weiß man schon, dass am Ende ein Mehr an Ausgaben herauskommt. Das hat sich auch bei diesem Haushalt gezeigt.

(Beifall von der FDP)

Herr Engstfeld, vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass Frau von Boeselager vorgetragen hat, dass ungefähr 400.000 € Mehrausgaben in dem Bereich anfallen. Es ist also nichts konsolidiert worden – was Sie aber tun müssten, um das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts zu erreichen.

(Beifall von der FDP)

Das Schlimme an der Sache ist allerdings, dass Sie nicht nur mehr ausgeben, sondern dass Sie auch innerhalb des Haushalts Verschiebungen vornehmen, und das gerade zulasten des Bereichs Europa. Das finde ich schändlich. Gerade Europa verdient es, dass wir das, was wir bisher gemacht haben, fortführen. Hier gehört das Geld hin und nicht in den Bereich Eine Welt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es ist ja schon bezeichnend, dass trotz der vollmundigen Lobeshymne, die auch Herr Töns zum Thema „Europa“ abgegeben hat – wir sind uns ja alle einig, dass wir zu Europa stehen und heute Abend auch zu Schalke stehen; doch das nur am Rande –, Sie selber die Axt anlegen und kürzen. Das ist bemerkenswert. Das heißt: Europa ist nicht so wichtig, da nehmen wir etwas weg und schieben es auf die andere Seite. – Ich glaube, das ist der falsche Schwerpunkt.

Sie haben selber in den entsprechenden Erläuterungsband geschrieben: Unter Berücksichtigung der begrenzten Haushaltsmittel werden die Ausgaben zur Pflege der Beziehungen zu den EU-Staaten weiterhin auf wenige räumliche und thematische Schwerpunkte konzentriert. – Das heißt: Hier wird das absolut Notwendige getan und kein bisschen mehr.

Diese Konzentration auf das absolut Notwendige, hätten wir uns auch beim Titel „Eine Welt“ gewünscht.

(Beifall von der FDP)

Da aber, meine Damen und Herren, wird kräftig aufgesattelt nach dem Motto: Wir haben es ja! – Herr Engstfeld, wir haben es eben nicht. Sie müssen schon erklären, wie Sie von fast 5 Milliarden € auf mindestens 3,8 Milliarden € herunterkommen wollen, um die Verfassungsgrenze einzuhalten. Am besten wäre natürlich eine Nettoneuverschuldung von null.

Sie haben gerade selber gesagt, wo draufgesattelt wird: insbesondere bei den von uns damals gekürzten Mitteln der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Es ist doch völlig klar, dass es hier überhaupt keine Zuständigkeit gibt. Der Bund ist für die äußeren Beziehungen zuständig, allenfalls noch das Land, aber doch nicht die Kommunen. Es gibt – das haben Sie selber gesagt – bundesweit einen einzigen Fall, wo die Kommunen entsprechend gefördert werden, nämlich bei uns. Insofern ist es nicht nötig. Es ist freiwillig, es ist überflüssig. Diese Mittel könnten wir sicherlich streichen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Ich will Ihnen durchaus konzedieren, dass bei dem Koordinatorenprogramm auch in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet worden ist. Dass Sie aber in Zeiten, in denen es, wie Sie selber sagen, absolut knappe Kassen gibt – um nicht zu sagen: wir haben überhaupt kein Geld mehr, wir sind schlichtweg nicht in der Lage sind, einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen –, hier noch einmal 80.000 € draufsatteln, kann man, glaube ich, nicht nachvollziehen.

Wir haben an dieser Stelle eine absolute Fehlentwicklung, weil Sie bei Europa kürzen und die Mittel in einen Bereich überwälzen, der viel weiter weg ist. Wir sind Teil von Europa und nicht Teil von Mpumalanga, so sehr ich Südafrika auch schätze. Das Wichtige ist, dass wir zunächst einmal unsere Verbindungen in unserem originären Umfeld verbessern. Die Ministerin ist da dankenswerterweise auch immer positiv unterwegs. Aber ich möchte, wenn wir über den Haushalt reden, für uns schon festhalten, dass Sie keinerlei Anstalten machen, zur Haushaltsverbesserung beizutragen. Das aber müssten Sie bei einem Defizit von knapp 5 Milliarden € sicherlich als Erstes tun.

(Beifall von der FDP)

Im Bereich der grünen Spielwiesen noch zusätzlich Geld auszugeben – Sie haben es ja gerade sagt – ist aus meiner Sicht das politisch falsche Signal. Ich glaube auch, dass in den Kommunen sicherlich gesehen werden wird, dass wichtigere Ausgaben zu tätigen sind

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist der Mann von gestern!)

als die Dinge, die Sie machen wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist das, was wir an der FDP so lieben!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Dr. Wolf. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Der hier zu behandelnde Haushaltsposten „Europa und Eine Welt“ mag ein vergleichsweise kleiner sein, was die finanzielle Dimension angeht. Seine konkrete Bedeutung für die vielen engagierten und oft ehrenamtlich tätigen Idealisten und Idealistinnen in den Organisationen, Gemeinden und Verbänden sowie für die Unterstützung der Menschen vor Ort ist indes immens. Wie bei vielen anderen Posten zählt Konstantin Weckers Einlassung auch hier – mit Erlaubnis zitiere ich –: „Genug ist nicht genug!“

Die positiven Entwicklungen wollen und können wir also nicht hoch genug würdigen – sind sie oft Ausdruck von Erfolgen, die mit viel Herzblut und wenig Mitteln erreicht wurden. Der Ausbau der Beziehungen in ökonomischer sowie kultureller Hinsicht vor allem zu den Nachbarländern Belgien, Niederlande und Luxemburg ist ein solches Beispiel gelungener Nachbarschaftspolitik, getragen und etabliert auf allen Ebenen der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, 66 Jahre nach dem von Deutschland entfesselten barbarischen Zweiten Weltkrieg leben wir fast friedlich in fast gutem Miteinander in einem vereinten Europa. Gerade Kooperationen in der Jugendarbeit und kultureller Austausch haben ein neues Gefühl des Zusammenhalts geschaffen. Als einen kleinen Indikator für die weiterhin steigende wechselseitige Akzeptanz möchte ich die steigende Zahl an Übernachtungsgästen aus den Benelux-Regionen benennen.

Kurz: Es ist viel erreicht worden – allen historischen Desastern zum Trotz. Wir leben in einem Europa in einer vorher ungekannten, fast friedlichen Epoche. Ich hoffe für alle nachwachsenden Generationen, dass dies auch so bleibt.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Durchführung des Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahres ausdrücklich. Polen wird in den nächsten Jahren in vielfältiger Hinsicht ein Partner für NRW. Die Republik übernimmt in diesem Jahr den Vorsitz des EU-Rates. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk feiert Geburtstag. Dieses Jahr jährt sich der Deutsch-Polnische Nachbarschaftsvertrag zum 20. Mal. Gerade die Aussöhnung Deutschlands und Polens

kann ein Vorbild für andere Regionen nicht nur in Europa, sondern auch in der Welt sein.

Nicht zuletzt tritt am Internationalen Tag der Arbeitnehmer(innen)bewegung, am 1. Mai, die Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten der EU in Kraft.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Euro-Krise und dem damit einhergehenden verstärkten Sozialkahlschlag vor allem in den Ländern, die Wirtschaftshilfen empfangen, ist allerdings – das sollte uns allen klar sein – eine zunehmende Euro-Skepsis und ein Erstarken rechtsextremer Kräfte in vielen Mitgliedstaaten der EU zu beobachten. Diesem Trend muss durch konsequentes und zugleich konkretes Werben für die Völkerverständigung entgegengewirkt werden. Da, Herr Dr. Wolf, sehe ich auch die Kommunen in der Pflicht. Und ich sehe die Landesregierung auf einem guten Weg, dieses zu unterstützen.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn wir vermeiden wollen, dass sich rassistisches, nationalistisches und intolerantes Gedankengut weiter ausbreitet, darf die europäische Integration nicht weiter mit Sozialkürzungen, Privatisierungen und Aufrüstung einhergehen.

(Beifall von der LINKEN)

Vielmehr sollten wir uns als Europäer und Europäerinnen dem Anspruch stellen, als vorbildlich in Fragen der Bildung, der Gerechtigkeit, des Friedens, der Demokratie, der Transparenz und der Nachhaltigkeit gelten zu dürfen. Die Bemühungen von uns allen in Europa müssen in diese Richtung gehen. Für dieses Europa streitet Die Linke. Wir wollen ein Europa des Miteinanders.

(Beifall von der LINKEN)

Die einzigartige Geschichte des Wandels eines Kontingents, auf dem zwei verbrecherische Kriege geführt wurden, hin zu einer Gemeinschaft, in der alte Feinde in Frieden zusammenleben, kann ein historisches Vorbild für die konflikträchtige Gegenwart sein. Allerdings gelingt dieses nur, wenn wir nicht wieder in eine Situation kommen, in der Länder gegeneinander ausgespielt werden oder in der die EU mit Sozialabbau und Aufrüstung verbunden wird. Das Europa der Spekulanten und Sozialräuber muss scheitern.

(Beifall von der LINKEN)

Wir fordern einen Neustart der Europäischen Union, fokussiert auf die Ziele soziale Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit.

Einen wichtigen Schritt hin zu mehr demokratischer Partizipation innerhalb der Europäischen Union stellt die Einführung der europäischen Bürgerinitiative dar. Auch wenn dieses Element direkter Demokratie nur ein erster Schritt sein kann, bitten wir die

Landesregierung, aktiv über diese Möglichkeit der Beteiligung zu informieren und den Weg der Einbindung der Bürger und Bürgerinnen in die Entscheidungsfindung voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die aktuellen Ereignisse in Nordafrika stehen wir durchaus an einer entscheidenden Gabelung der Geschichte Europas. Welches Europa wollen wir? Für welches Europa stehen wir ein? Ein Europa des Sozialabbaus, der Entsolidarisierung, der Aufrüstung, das sich von den Menschen zusehends entfernt und so den Le Pens, Wilders' usw. in die Hände spielt oder ein Europa, basierend auf dem Grundgedanken der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, gegendert Schwesterlichkeit?

(Beifall von der LINKEN)

Die Antwort der Linken kennen Sie. Aber jetzt, Kolleginnen und Kollegen, gilt es für Sie, Farbe zu bekennen. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die EU steht, ist eine konsequente Fortsetzung und Vertiefung des europäischen Engagements NRWs unabdingbar. Nichtsdestotrotz ist bei der Aufstellung dieses Haushaltes zu beachten, dass der Ausschuss für Europa, Internationales und Eine Welt, wie schon der Name es sagt, eine breite Palette an Aufgaben hat.

In zahlreichen Gesprächen habe ich mich über die vorbildliche Arbeit vieler Organisationen in den Partnerregionen NRWs, zum Beispiel Mpumalanga und Ghana, informiert. Neben dem Erfolg der bisher geleisteten Arbeit und der Freude daran wurde aber auch immer wieder auf die knappe finanzielle Ausstattung der Projekte und die Notwendigkeit von Landeshilfen verwiesen. Ein breites Spektrum an Organisationen, Künstlern, Kirchen und Schulen beteiligt sich mit Elan und Fachkompetenz an der Zusammenarbeit und wird natürlich auch von der Landesregierung unterstützt.

Ich denke, dass es trotz einer Haushaltsdebatte wichtig ist, an dieser Stelle diesen Menschen einmal unseren Dank auszusprechen. Sie leben nämlich die Solidarität, die wir als vorbildlich für eine solidarische Gesellschaft sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich kann und will an dieser Stelle allerdings nicht unerwähnt lassen, welche Konsequenzen Ihre medienwirksame Selbstinszenierung als Klagesteller gegen den Nachtragshaushalt hat. Ist Ihnen bekannt, dass Sie genau diese lobenswerten, vorbildlichen und ohnehin mit knappen Mitteln bedachte Arbeit deutlich erschwert haben? Ein faktischer Nebeneffekt Ihrer Entscheidungsallüren ist, dass für die in diesem Bereich angestellten Menschen Unsicherheit besteht, ob ihre Arbeit und ihre Projekte über den 30. Juni hinaus Bestand haben werden.

Ihre Drohung, liebe Kollegen von CDU und FDP, den 2011er-Haushalt ebenfalls durch eine Klage zu torpedieren, hat weitreichende Folgen unter ande-

rem für das Koordinatorenprogramm. Ist Ihnen klar und bekannt, dass durch Ihre politischen Manöver präventiv Kündigungen ausgesprochen und Arbeitslosenmeldungen eingereicht werden mussten? Ich bezweifle, dass Sie sich diese Konsequenzen bewusst gemacht haben, und denke – das fordere ich auch ein –, dass Ihnen eine Entschuldigung bei den Betroffenen in diesem Zusammenhang gut zu Gesicht stünde.

Ich komme zum Positiven zurück und möchte ausdrücklich involvierte Unternehmen aus der Wirtschaft und der IHK danken, die ihrerseits die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen fördern. Auch wir begrüßen dieses soziale Engagement, allerdings ist dies mit der Forderung verbunden, dass diese Förderung und Unterstützung nicht nach wirtschaftlichen Interessen, sondern den Bedürfnissen der Menschen auszurichten ist.

Kolleginnen und Kollegen, jeden Tag erreichen uns neue Bilder von Flüchtlingen aus Afrika, die unter Einsatz ihres Lebens den Weg nach Europa suchen. Von den Tausend Personen, die den Weg nicht schaffen und jämmerlich in den Fluten des Mittelmeers ertrinken, erreichen uns allerdings nur selten Bilder.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich auf humanitäre Hilfen für diese Flüchtlinge hinzuwirken und ihnen ein geregeltes Asylverfahren in der EU zu ermöglichen.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist namentlich das kapitalistische System, das diese Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auf der Welt erzeugt, die wir hier nur punktuell durch Entwicklungshilfe bekämpfen können, oder, wie es im Leitbild der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen heißt – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis –:

„Die Glaubwürdigkeit des Westens ist für diese Zukunft entscheidend. Sie ist an vielen Stellen verletzt, vor allen Dingen im Welthandel, der viel zu wenig dem Gebot der Fairness entspricht und der global verbindlicher Regeln bedarf. ... Umwelt- und entwicklungspolitisches Handeln im großen und im kleinen Maßstab tragen dazu bei, diese neue Weltordnung vorzubereiten.“

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, der Ruf nach einer neuen Weltordnung ist keine linke Fantasie, sondern ein Gebot der Fairness, eine Grundlage der Demokratie. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich hatte gehofft, ich sehe irgendwo Frau von Boeselager. Sie saß eben noch oben auf der Tribüne, aber im Moment ist sie nicht da. Ich muss fragen, was Frau von Boeselager nun eigentlich will.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die CDU und die FDP reden ständig von Einsparungen. Wir haben es gehört: 2 % bei den Förderprogrammen, eine globale Minderausgabe von 700 Millionen € sind angesetzt, und Frau von Boeselager erzählt uns, wir würden in der Europapolitik nicht genug tun.

Herr Wolf, ich habe den Eindruck, Sie haben nicht so ganz genau in den Haushaltsplan hineingeschaut,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

denn sonst hätte Ihnen auffallen müssen, dass die Minderausgaben für den Komplex „Europa“ damit zu tun haben, dass der Bereich „Internationale Politik“ aus diesem Komplex herausgenommen und mit der Eine-Welt-Politik zusammengefasst worden ist. Daraus ergibt sich dann diese von Ihnen kritisierte Veränderung. – Also, manchmal hilft der Blick in den Haushaltsplan.

(Zustimmung von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung verfolgt den Anspruch, Europapolitik aktiv zu gestalten und das Europabewusstsein auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu steigern. Das schlägt sich auch im Entwurf des Kapitels 020 30 nieder, beispielsweise – denn ich kann in den wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, nicht alles ausführlich vortragen – beim Thema „Stärkung der Europafähigkeit“, bei der weiteren Zertifizierung und Vernetzung der Europa-Schulen, bei der Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Belgien und in den Niederlanden, aber auch in einigen ganz besonderen Projekten wie dem schon mehrfach angesprochenen Polen-NRW-Jahr, mit dem wir vor allen Dingen Akzente auf den Dialog mit der Zivilgesellschaft in Polen setzen, durch den Wettbewerb für bürgerschaftliches Engagement, durch eine wissenschaftliche Dialogreihe zu wichtigen Zukunftsfragen, wie zum Beispiel Arbeitnehmerfreizügigkeit, Klima, Energie und Umwelt, wie durch Aktivitäten in der Schul- und Städtepartnerschaft.

Im zweiten Halbjahr 2011 hat Polen die Ratspräsidentschaft inne. Wir werden versuchen, unsere Aktivitäten mit den Aktivitäten der polnischen Regierung zu verknüpfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass heute und morgen in der Landesvertretung in Berlin das Deutsch-Polnische Forum statt-

findet, an dem ich heute Abend teilnehmen werde, weshalb ich mir leider nicht Schalke ansehen kann.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht so schlimm, Frau Kollegin!)

Und auch der polnische Nationalfeiertag wird am 3. Mai in der Landesvertretung in Berlin gefeiert.

Also: vielfältige Aktivitäten. Frau von Boeselager, Sie waren vorhin etwas pessimistischer.

Meine Damen und Herren, das Thema „Europafähigkeit der Kommunen“ ist für uns ebenfalls sehr wichtig, weil die Kommunen die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind, um diese zu befähigen und zu bestärken, den europäischen Gedanken weiterzutragen, aber auch teilzuhaben an den Chancen der europäischen Politik. Dafür stehen wir in einem engen Dialog mit den lokalen politischen Entscheidungsträgern, den Kommunalverwaltungen, aber auch den Akteuren aus der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern.

Meine Damen und Herren, ich will nun auf die Internationale Politik und die Eine-Welt-Politik zu sprechen kommen. Herr Wolf, ich muss Sie noch einmal ansprechen. Es tut mir leid, aber entweder haben Sie immer noch nicht verstanden, was Globalisierung bedeutet,

(Beifall von den GRÜNEN)

entweder nehmen Sie gar nicht wahr, was sich in Nordafrika abspielt und dass wir nicht unberührt von den Entwicklungen dort und in weiteren Teilen der Welt sind, oder Sie frönen einem billigen Populismus nach dem Motto „Deutsches Geld für deutsche Steuerzahler – was gehen uns die anderen an“. Ich kann das nicht ernsthaft annehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind der Auffassung, dass wir im Bereich der internationalen Politik und der Eine-Welt-Politik eine große Verantwortung haben. Wir haben eine globale Verantwortung, daran mitzuwirken, die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen tatsächlich umzusetzen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wolf zulassen?

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Ich lasse diese Zwischenfrage zu, möchte aber diesen Satz zu Ende sprechen. – Zu diesen Millenniumsentwicklungszielen, die darauf abzielen, Hunger, Armut und Not zu überwinden und Menschen auf der ganzen Welt mit menschenwürdigen Verhältnissen auszustatten und ihnen den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, wollen auch wir einen merkbaren Beitrag leisten. – Bitte schön, Herr Wolf.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Dr. Wolf, Sie müssten das Mikrofon noch einmal einschalten. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident und Frau Schwall-Düren, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Bestätigen Sie, dass die Mittel für die Pflege der europäischen Beziehungen des Landes um 40 % gekürzt werden, sodass in Wahrheit bei „Europa“ eine Kürzung stattfindet?

Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich zu keiner Zeit internationale Zusammenarbeit und Hilfestellung für unwichtig erklärt, sondern lediglich gesagt habe, dass das Bundesaufgabe, aber nicht Aufgabe von Kommunen ist, bei denen es um die Finanzierung geht, die wir sicherstellen? – Das frage ich, damit wir uns an der Stelle klar verstehen und keinen Widerspruch aufzeigen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön. – Frau Ministerin.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Wolf, die Ministerpräsidentenkonferenz des Jahres 2008 hat unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit einen gemeinsamen Beschluss gefasst. Mit dabei war auch der Vorgängerministerpräsident. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass die Länder mit ihrem vielfältigen entwicklungspolitischen Engagement nicht nur eine Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahrnehmen, sondern dass sie damit auch ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sichern.

In diesem Sinne werden wir nur exemplarisch in den beiden Partnerregionen Mpumalanga und Ghana konkrete Entwicklungszusammenarbeit praktizieren. Aber wir tun eben sehr viel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und unterstützen die Kommunen in ihren Möglichkeiten, die ehrenamtlich Tätigen, die diese Eine-Welt-Politik praktizieren, zu qualifizieren und in die Lage zu versetzen, im Sinne der Millenniumsentwicklungsziele gemeinsam etwas zu tun.

Deswegen, Herr Wolf, meine Damen und Herren, ist es so wichtig, dass wir das Eine-Welt-Koordinationsprogramm voranbringen. Es handelt sich hierbei um 15 regionale und acht fachliche Koordinatoren, die die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der ehrenamtlich tätigen Zivilgesellschaft und der Kommunen landesweit vernetzen und unterstützen. Sie geben Anstöße für ein global verantwortliches Handeln, betreiben entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit und aktivieren die Menschen zum Eine-Welt-Engagement.

Deswegen haben wir hier notwendige, aber bescheidene Aufwüchse. Nachdem das Programm

acht Jahre stagnierte, legen wir nun 3.000 € pro Koordinator/Koordinatorin im Jahr und außerdem einen überfälligen Sachkostenzuschuss in Höhe von 2.400 € drauf. Das sind wir uns schuldig. Wir haben das vor der Wahl versprochen, und wir halten Wort.

Ein neuer Titel ist für die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eingestellt worden und wird für dieses Jahr mit 270.000 € ausgestattet. Damit knüpfen wir an ein bis 2006 bestehendes Programm und damit eine gute Tradition in Nordrhein-Westfalen an. Denn die Kommunen leisten durch ihre vielfältigen Aktivitäten in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, durch Partnerschaften und Expertenaustausch einen wichtigen Beitrag für die deutsche Entwicklungspolitik. Wir wollen sie motivieren und unterstützen.

Ich hatte schon von den Entwicklungspartnerschaften mit Ghana und Mpumalanga gesprochen. Sie sind ein wirksamer Weg, exemplarisch Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Entwicklung vorangebracht werden kann. Deswegen wollen wir das, was die Vorgängerregierung schon befördert hat, fortsetzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist keine Landesaufgabe!)

Das halten wir für wichtig. Wir wollen es weiterentwickeln und nicht einfach weitermachen wie bisher. So sollen künftig insbesondere die Themen „nachhaltige Energieentwicklung“, „berufliche Bildung“ und „Gesundheit“ im Vordergrund unserer Zusammenarbeit stehen. Denn auch in Zukunft brauchen wir die Mitwirkung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft, damit diese Partnerschaften ihre Wirkung nachhaltig entfalten können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zum fairen Handel und zur fairen Beschaffung sagen. Es gibt ein breit angelegtes, mehrjährig angelegtes Fairhandels-Projekt – auch schon von unserer Vorgängerregierung. Das möchten wir fortsetzen und weiter mit Mitteln des Landes und der Europäischen Union unterstützen. Im September 2011 wird zum zweiten Mal in Dortmund die Messe „Fair“ mit unserer Unterstützung stattfinden.

Meine Damen und Herren, durch die Einführung der fairen Beschaffung geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran. In der Staatskanzlei haben wir den Umstellungsprozess schon eingeleitet. Andere Ressorts werden folgen.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir dabei sind, die entwicklungspolitischen Leitlinien neu zu erarbeiten, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Im Unterschied zur alten Landesregierung werden wir das nicht im stillen Kämmerlein tun, sondern wir wollen die Überarbeitung der Leitlinien in einem offenen und partnerschaftlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Verbänden durchfüh-

ren. Auch dafür stellen wir Haushaltsmittel zur Verfügung.

Bereits im Mai wird ein erster Workshop stattfinden, um mit den wichtigsten Akteuren die Grundlagen der Leitlinien zu erarbeiten. Daran wird sich ein Open-Governance-Prozess mit einer breit angelegten Online-Konsultation anschließen. Damit wollen wir eine möglichst breite Identifikation der Bürgergesellschaft mit unserer Eine-Welt-Politik erzielen. Ich gehe davon aus, dass diese neuen Leitlinien bis Ende dieses Jahres mit dem Landtag beraten werden und freue mich deshalb auf einem offenen und konstruktiven Dialog mit Ihnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Frau Ministerin Schwall-Düren.

Wir kommen nun zum

Teilbereich Medien

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Verpoorten.

Andrea Verpoorten (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wer auf der Suche nach der Medienpolitik dieser Landesregierung ist, dem empfehle ich die Lektüre des Haushaltsplans.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Beim Studium des vorliegenden Haushaltsplans zur Medienpolitik stellt man sehr schnell fest, dass die Landesregierung bei ihren Planungen eine Mischung aus Fantasieargumentation und politischem Wunschkonzert veranstalten will:

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

ein nicht finanzierbares Es-wäre-schön-wenn-Denken und die blanke politische Ideenlosigkeit – und das auf einem so kreativen Feld wie den Medien!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Einen Beweis hierfür kann ich Ihnen auch sofort liefern, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ach!)

Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Koalitionsvertrag:

„Wir wollen, dass es keine Spaltung beim Medienzugang gibt und alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch barrierefrei nutzen können und Kompetenz im Umgang mit Informationen und ihren Daten besitzen.“

Weiter ist dort zu lesen:

„In allen Schulformen wollen wir einen altersgemäßen Medienkompetenzführerschein etablieren.“

Da kann ich doch nur sagen: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall von der CDU und von Kai Abruszat [FDP])

Denn wo ist er nur geblieben, der sogenannte Medienkompetenzführerschein? In welchen Schulformen und zu welchen Bedingungen können die Schülerinnen und Schüler diesen denn jetzt erwerben?

Genau dies habe ich die Landesregierung gefragt. Sie konnte mir auch auf mehrfache Nachfrage nicht erläutern, wie dieser Medienkompetenzführerschein ausgestaltet werden soll.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Der Staatssekretär hat es doch erklärt!)

Nichtdestotrotz sind die Mittel hierfür heute schon im Haushalt eingestellt. Nichtsdestotrotz wollen Sie heute schon das Geld dafür haben.

Ich muss also feststellen: Sie haben bis zum heutigen Tage keine Ahnung, wie Sie Ihre Politik inhaltlich ausgestalten wollen. Aber wie viel Geld Sie dafür brauchen, das wissen Sie heute schon.

Wer ist da in Anbetracht Ihres haushälterischen Trauerspiels der letzten Wochen noch verwundert? Meine Damen und Herren, dieses Vorgehen der Landesregierung ist symptomatisch für die rot-grüne Schuldenpolitik.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

So etwas müssten sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einmal erlauben! Stellen Sie sich einmal ein Gründungsunternehmen vor, das bei der Bank um Geld bittet, ohne einen vernünftigen, detaillierten Businessplan vorzulegen! Das Unternehmen würde ohne einen Cent nach Hause gehen.

Auch die Landesregierung sollte endlich das lernen, was in der Wirtschaft schon lange gilt. Diese Landesregierung sollte ihre Kreditwürdigkeit mit Inhalten unter Beweis stellen, die auch jedem Beweis standhalten.

Stattdessen bekommen die Menschen in Nordrhein-Westfalen etwas von präventiver Schuldenpolitik zu hören. Wir alle wissen aber – das sage ich auch als Vertreterin der jüngeren Abgeordneten in diesem Hause –, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Im Übrigen ist es auch vertane Zeit, sich überhaupt mit diesem Ansatz zum Medienkompetenzführerschein zu beschäftigen; denn dieser Ansatz, den die Landesregierung auch in ihrem Koalitionsvertrag

manifestiert hat, greift viel zu kurz. Oder, wie man auch sagen kann: Können muss man es und nicht nur Spaß daran haben!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es geht hier nicht in erster Linie darum, eine Spaltung beim Medienzugang zu vermeiden. Es geht darum, Medienkompetenz als die Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts bei den Menschen jedes Alters in Nordrhein-Westfalen zu verankern.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Deshalb wollen Sie den Ansatz verkürzen?)

Medienkompetenz ist ein Hauptbestandteil des öffentlichen Lebens in der modernen Kommunikationsgesellschaft. Ohne diese Kompetenz werden die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande im bundesweiten sowie auch im internationalen Vergleich große Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt und in der wirtschaftlichen Entwicklung hinnehmen müssen.

Zusätzlich beobachten wir, dass alle – vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene – immer häufiger mit den Gefahren des Internets und anderer Kommunikationskanäle konfrontiert werden. Cybermobbing, Kinderpornografie und der professionalisierte Betrug sind nur einige der Beispiele, die das Risikopotenzial des medialen Raums belegen. Aktuelle Medienberichte über das Vorgehen der Scientology-Sekte im Internet zeigen dies wieder.

Vor solchen Gefahren müssen wir unsere Kinder und Jugendlichen effektiv schützen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wer Quellen nicht zu hinterfragen, Risiken nicht zu beurteilen und die Konsequenzen des eigenen Handelns nicht zu prüfen weiß, ist dem medialen Dialog kaum gewachsen.

Die Aufgabe lautet also, bei Menschen jedes Alters ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sie ohne Kompetenz im Umgang mit den Medien unterschiedlichen Risiken der Kommunikationsgesellschaft ausgesetzt sind, dass der gesellschaftliche Diskurs ihnen dann verschlossen bleibt und dass sie auch nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes gewachsen sind.

Der Ansatz der Landesregierung, einen Medienführerschein für Schülerinnen und Schüler zu verabschieden, ist dieser Aufgabe jedoch nicht gewachsen und zeigt das Verständnis der Landesregierung vom medialen Raum als zu regulierende statische Umgebung. Die Landesregierung richtet ihr Handeln nicht an einer nachhaltigen Strategie im Einklang mit den heutigen Anforderungen der Mediengemeinde aus, sondern an einer Zeit, als das Telefon noch die Drehscheibe hatte.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Auch die Eltern müssen mit in den Prozess eingebunden werden.

Wen wundert es, dass Ihr sogenannter Medienkompetenzführerschein von der Internetgemeinde bereits in Anlehnung an das Schwimmbadzeichen als „Netzferdchen“ verspottet wird?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vor der Verabschiedung von Werkzeugen zum Erwerb der nötigen Medienkompetenz steht die Auseinandersetzung mit den Fragen der Risiken.

Ich fordere Sie daher auf, Ihre Einstellung gegenüber der Internetgemeinde zu verändern und im Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern sowie Eltern und Schülern einen Wertekatalog zu verabreden. Eine zielgerichtete gesamtgesellschaftliche Förderung von Medienkompetenz muss das Ziel sein.

Dabei bietet Ihnen meine Fraktion zum Wohle der Bürger und Bürgerinnen von Nordrhein-Westfalen gerne ihre Unterstützung an, auch wenn Sie ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Haushaltsberatungsverfahren bisher nicht zugelassen haben.

Es ist ganz richtig, das Thema „Medienkompetenz“ bereits in die Schulausbildung einzubeziehen. Die Erwachsenenbildung aber außen vor zu lassen und die Schulbildung durch einen formalistischen Führerschein zu regulieren, halte ich jedoch für den falschen Ansatz.

Bei Betrachtung der Diskrepanz zwischen den im Haushalt bereitgestellten Mitteln und dem politischen Fortschritt der Medienpolitik dieser Landesregierung kann ich nur sagen: Kreditantrag abgelehnt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Verpoorten. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Vogt das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Verpoorten, ich bin ziemlich überrascht von Ihrer Rede.

(Zuruf von der CDU: Positiv!)

Frau Verpoorten, einerseits erzählen Sie uns, wie wichtig Medienkompetenz ist. Gleichzeitig kritisieren sie jedoch alle Maßnahmen, die die Landesregierung vorhat. Sie kritisieren die Etablierungen, um Medienkompetenz zu fördern, Sie ignorieren dabei, dass es Ihre Partei war, als sie an der Regierung war, die den Tag der Medienkompetenz im Landtag abgeschafft hat. Und Sie tun die ganze Zeit so, als ob Sie etwas für Medienkompetenz tun wollen, ohne einen einzigen Vorschlag zu machen, wie Medienkompetenz gefördert werden soll.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

Die Medienkommunikationsunternehmen sind wichtig für unser Land. Wir haben in Nordrhein-Westfalen rund 67.000 Unternehmen, die gemeinsam 373.000 Menschen beschäftigen und mehr als 112 Milliarden € Umsatz im Jahr machen. Daher ist verantwortungsvolle Medienpolitik auch Standortpolitik. Wir müssen dafür sorgen, dass Medienunternehmen gute Rahmenbedingungen in einem immer stärker werdenden Wettbewerb vorfinden.

Eine wichtige Einrichtung für das Medienland NRW ist die Filmstiftung. Sie feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum, und man kann sagen: Sie hat sich bewährt. Dies zeigt auch eine ganze Reihe von Preisen, die von der Filmstiftung geförderte Filme in den letzten Wochen erhalten haben. Hierzu zählen Filme wie „Pina“ oder „Drei“. Niemals zuvor wurden in NRW so viele und erfolgreiche Filme gedreht wie heute. Der Haushalt 2011 zeigt: Wir wollen die Filmstiftung als modernes und schlagkräftiges Förderinstrument stärken und weiterentwickeln.

Neben der Förderung von Kino- und TV-Produktionen sollen auch innovative audiovisuelle Werke gefördert werden. Das heißt, die Entwicklung von Games wird als zusätzlich zu fördernder Bereich von der Filmstiftung übernommen. Gerade die Entwicklung und der Vertrieb von Computerspielen haben sich zu einem starken Wirtschaftsfaktor entwickelt. Rund 50 Millionen Computerspiele werden jährlich in Deutschland verkauft, und die Branche macht einen Umsatz von über 2 Milliarden €. Hier- von soll NRW verstärkt profitieren.

Bereits jetzt sind einige nordrhein-westfälische Unternehmen im Gamesbereich sehr erfolgreich. Erst kürzlich wurden Unternehmen wie beispielsweise Ubisoft aus Düsseldorf mit dem Games-Award LARA ausgezeichnet. Auch die Kölner Firma Takomat wurde mit dem Deutschen Computerspielpreis prämiert. Der Deutsche Entwicklerpreis wird in NRW vergeben. Diesen wollen wir auch weiterhin hier halten.

Starke Verlage und unabhängige Journalisten sind wichtig für unser Land. Gleichzeitig gilt es, das duple Rundfunksystem weiterzuentwickeln und die öffentlich-rechtlichen Sender auf eine zeitgemäße Finanzierungsgrundlage zu stellen. Die Debatte um den Gebührenstaatsvertrag hat gerade begonnen.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt in der NRW-Medienpolitik wird die gerade schon angesprochene Medienkompetenz werden. Die rasante technische Entwicklung und die sich immer stärker verändernde Medienlandschaft machen besondere Anstrengungen in der Kompetenzvermittlung notwendig. Kinder und Jugendliche sollen lernen, die Risiken bei der Mediennutzung zu vermeiden und die Chancen zu nutzen. Sowohl für die meisten Berufe als auch für die aktive Beteiligung an der Demokratie ist der Umgang mit Medien unerlässlich. Nicht nur die Debatte um den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hat gezeigt, dass Medienkompetenz

von allen Experten als Schutz für Kinder und Jugendliche vor entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten des Internets gefordert wird. Auch aktuelle Fälle von Cybermobbing und der zu freigelegte Umgang mit den eigenen Daten zeigen, wie wichtig die Förderung von Medienkompetenz ist.

Die Landesanstalt für Medien arbeitet bei der Vermittlung von Medienkompetenz schon vorbildlich. Die umfangreichen Angebote zur Unterstützung von Kindergärten und Schulen, die sich mit dem Thema „Medien“ beschäftigen wollen, sind gut und werden häufig nachgefragt. Es geht jetzt darum, Medienkompetenzförderung ressortübergreifend weiter zu verankern. Hier müssen die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Kultur mit einbezogen werden. Ein Medienkompetenzführerschein soll allen Kindern die Grundlage eines sicheren Umgangs mit Medien vermitteln.

Meine Damen und Herren, das Medienland NRW kann sich sehen lassen. Wir wollen die hier ansässigen Unternehmen stärken und die Menschen fit machen, die Chancen der Medien positiv zu nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogt. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Verpoorten, das war Ihre erste Haushaltsrede. Ich erinnere mich gut: Als ich hier meine erste Haushaltsrede gehalten habe, habe ich sie auch sehr gründlich vorbereitet. Aber wissen Sie, ich bin schon verwundert darüber, dass Sie Ihre Ausführungen eigentlich nur an dem Stichwort „Medienkompetenz“ und am Geld festgemacht haben.

Denn die Erfahrung aus der Medienpolitik im Land in den letzten zehn Jahren lehrt, das sehr vieles in der Medienpolitik gar nicht nur mit Geld zu tun hat, sondern vor allen Dingen damit, mit der Branche gemeinsam Überlegungen zu diskutieren, bestimmte Zusammenhänge zu erkennen, Präsenz zu zeigen, im Gespräch zu sein, mit den angebotenen Foren umzugehen – ein ganz starker Punkt. Insofern ist es nicht nur eine Geldfrage.

Ich finde auch, dass der Haushaltsteil „Medien“ finanziell kein großer ist, sondern ein bescheidener Haushalt für ein großes Land wie Nordrhein-Westfalen. Es gelingt uns aber nach den letzten fünf Jahren immerhin, mit diesen bescheidenen Mitteln in die Szenerie hinein deutliche Signale zu geben, dass uns das Thema wichtig ist und verschiedene Punkte auch mit relativ bescheidenen Mitteln angestoßen werden. Sie haben einen Betrag in Bezug auf die Medienkompetenz genannt. Das ist keine Riesensumme.

Es ist allerdings richtig, wenn man sich politisch etwas vornimmt, die entsprechenden Mittel auch in den Haushalt einzustellen. Das haben wir getan. Deswegen ist das nicht zu kritisieren, sondern Sie wissen: Die Dinge sind in Bewegung, es wird daran gearbeitet, und es wird überlegt, wie man einen solchen Medienkompetenzführerschein sinnvoll einführt.

Kollege Vogt hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, in der Regierungszeit von CDU und FDP – in der Zeit gehörten Sie dem Parlament nicht an, Frau Verpoorten – wurde einiges nicht in die richtige Richtung in Bewegung gesetzt, insbesondere wurde manches einfach abgeschafft. Ich erinnere an den Medienkompetenztag, genau das Thema, das hier im Landtag mit großem Erfolg gelaufen ist. Kollege Vogt, das ist bedauerlicherweise hier so nicht mehr zu etablieren, und daran wurde im Moment auch nicht gedacht. Aber dass wir vom Prinzip her das Thema wichtig machen müssen und dass wir da große Chancen in der Weiterentwicklung sehen, das ist so.

Ich meine auch, dass das Thema „Filmstiftung“ von Ihnen ein bisschen zurückgestellt worden ist, obwohl es eigentlich ein ganz wichtiger Punkt ist, weil die systemische Veränderung, die wir mit der Filmstiftung politisch gemeinsam planen und die wir uns im Koalitionsvertrag schon vorgenommen hatten, weitgehend ist. Das hat jetzt gar nicht mit sehr viel Geld zu tun, sondern da geht es um strukturelle Fragen, nämlich ob man bestimmte Dinge nicht sinnvoll zusammenführen kann.

Wir haben in der ersten Legislatur, in der ich hier im Hohen Hause war, einmal über eine NRW-Medien-GmbH diskutiert, sie dann auch etabliert. Wir haben sie dann – was ich damals politisch falsch fand; ich glaube, der damalige Kollege Eumann auch – wieder rückabgewickelt. Aber wir brauchen natürlich eine Struktur, die sich mit dem Thema „Medien“ im Land befasst, und zwar in einer Art und Weise, die jenseits dessen ist, was wir hier aus dem Parlament bzw. aus der Regierung heraus leisten können. In diesem Zusammenhang die Filmstiftung operativ zu stärken, halte ich persönlich für einen politisch notwendigen Punkt. Insofern haben wir auch da die richtigen Weichen im Koalitionsvertrag gestellt, und die Regierung ist dabei, das zu erarbeiten. Auch das bildet sich – in aller Bescheidenheit – im Medienteil unseres Haushalts ab.

Insofern denke ich, dass die Stärke unseres Landes nicht darin besteht, wie viel Geld die Regierung für Medienpolitik ausgibt, sondern sie besteht darin, wie stark sich diese Landesregierung kümmert, wie stark sich die Fraktionen im Landtag um das Thema kümmern. Da habe ich den Eindruck, dass sie jetzt dabei sind, damit zu beginnen. Das ist gut, denn es war immer eine Stärke im Landtag von Nordrhein-Westfalen, dass wir das Thema „Medienpolitik“ intensiv gemeinsam beleuchtet haben. Wir haben im

Grunde über die Frage „Medienkompetenz – ja oder nein?“ nie richtig gestritten. Wir waren uns einig, dass wir sie brauchen. Wir haben über die Frage „Sind wir ein Breitbandland – ja oder nein?“ nie wirklich gestritten, sondern wir sind uns einig, dass wir das brauchen.

Wir haben bei der Frage der Filmförderung Nordrhein-Westfalen, unser stärkstes Pfund mit knapp 40 Millionen € Etat, nie darüber gestritten, ob das notwendig ist oder nicht. Auch der Hauptausschuss hat im Januar dieses Jahres die Filmstiftung besucht. Der Applaus aller Fraktionen war einhellig, als die Chefin der Filmstiftung, Petra Müller, uns ihr Konzept und ihre Weiterentwicklungsvorstellungen präsentiert hat. Das ist in enger Absprache mit der Filmstiftung geschehen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Keymis, möchten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Verpoorten zulassen?

Oliver Keymis (GRÜNE): Selbstverständlich, Herr Präsident.

Andrea Verpoorten (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, ich danke Ihnen. – Lieber Kollege Keymis, ich danke Ihnen, dass Sie die Wortmeldung zulassen.

Wir sind uns absolut einig, dass hinsichtlich der Wertigkeit der Medienkompetenz kein Streit besteht. Aber was ich kritisiert habe, bringt mich zu der Frage: Können Sie mir erläutern, wie der Medienkompetenzführerschein ausgestaltet wird?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Das ist eben schon einmal im Anklang kurz in dem beschrieben worden, was Kollege Vogt ausgeführt hat. Wir sind in engsten Gesprächen darüber. Ich habe aber auch noch keine Details.

Ich könnte Ihnen ein anderes Beispiel geben, bei dem wir gesagt haben: Das Ziel haben wir beschrieben, aber wie wir das im Einzelnen machen, ist Sache der Exekutive, die im Moment noch daran arbeitet. Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus dem Kulturbereich. Wir haben in den Koalitionsfraktionen beschlossen, einen Kulturrucksack einzurichten. Danach werde ich auch immer gefragt. Dann sage ich immer: Ich weiß noch nicht, wie er genau aussieht. Wir haben aber einen Ansatz dafür in unserem Kulturetat. – Darauf kommen wir morgen zu sprechen. – An dem Thema sind wir dran und überlegen, wie man das sinnvoll eingliedert. So ist das mit dem Medienkompetenzführerschein auch.

Wichtig ist doch, was gemeint ist. Das ist, glaube ich, hinreichend beschrieben, von uns besprochen und mit Ihnen diskutiert. Jetzt kommt es darauf an, wie man das konkret umsetzt. Dafür gibt es dann die Exekutive; die Legislative gibt sozusagen den Weg vor. Und so haben wir das hier auch gehalten. An der Stelle brauchen wir darüber jetzt nicht zu diskutieren und zu streiten, sondern wir sollten dann, wenn wir gemeinsam einen konkreten Plan haben, den diskutieren und sagen, was man daran vielleicht noch verbessern kann.

Aber ich will das Thema „Medienkompetenz“ – Sie können die Zeit jetzt weiterlaufen lassen – noch an einem Punkt aufgreifen, und zwar mit Blick auf den Jugendmedienschutz. Wir hatten hier einen sicherlich sehr streitbaren Staatsvertrag vorliegen gehabt. Immerhin hat gerade dieser Landtag gemeinsam eine besondere Wendung vollzogen, über die man in der Folge so oder so diskutieren kann.

(Ralf Witzel [FDP]: Sehr viel Selbstkritik bei Ihnen!)

Wir haben jetzt auch einen gültigen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Insofern ist es nicht ins Bodenlose gefallen. Aber es ist schon interessant, dass Sie gerade das Thema betont haben, und Sie, Herr Witzel, es möglicherweise gleich auch noch einmal betonen werden, wo Sie doch diejenigen waren, die sich plötzlich aus diesem Konvolut, das vorher federführend von der CDU verantwortet verhandelt wurde, verabschiedet haben. Vor dem Hintergrund muss man diese Frage sehr sensibel und klug für die Zukunft angehen.

Meine Fraktion ist schon unter der Federführung meines netzpolitischen Sprecherkollegen Matthi Bolte in Vorleistung getrete. Es gab eine große, interessante und beachtete Veranstaltung zum Jugendmedienschutz und seiner Zukunft. Ich glaube, wir müssen auf dem Weg jetzt im Sinne des von allen inzwischen anerkannten Systems der Teilhabe und des gemeinsamen Beratens und Sprechens die Menschen dazuholen und überlegen, wie wir insbesondere auch die Netzgemeinde für Jugendmedienschutz so gewinnen, dass wir das gemeinsam politisch beschließen und auch wirklich sachgerecht durchführen können.

Dieses ist kein Thema, das sich im Haushalt abbildet. Es ist aber medienpolitisch ein Riesenthema. Das gilt für die Medienpolitik insgesamt; ich sagte es am Anfang meines Redebeitrages schon.

Ich würde mir für die Zukunft wünschen, dass wir uns an vielen Stellen in einer konstruktiven Richtung Gedanken machen, wie wir medienpolitische Ansätze im Land möglichst gemeinsam vertreten. Wir haben das beim DVB-T – dem digital-terrestrischen Fernsehen – im Landtag beispielhaft gemeinsam gemacht. Ich wünsche mir das eigentlich auch im Hinblick auf andere Entwicklungen, sei es in Zukunft bei der Digitalisierung des lokalen Hörfunks oder

auch bei der Weiterentwicklung von DVB-T oder eben auch im Bereich dessen, was eben angesprochen wurde, im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Dort werden wir demnächst gemeinsam einen Staatsvertrag zu verabschieden haben, von dem ich mir wünsche, dass ihn alle Fraktionen im Landtag tragen und damit zum Ausdruck bringen, was sie in ihren Sonntagsreden hier betonen wie wir – wir werden uns auch daran halten –, dass wir gemeinsam den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stark halten wollen, den gebührenfinanzierten Rundfunk, der uns, über eine Umlage finanziert, eine Breite und eine Vielfalt bietet, wie wir sie sonst nirgends auf der Welt kennen. Das ist auch Medienpolitik, die den Landeshaushalt keinen Cent kostet, die aber eine ganz wichtige Voraussetzung dafür ist, dass man sich medienpolitisch seriös miteinander unterhalten kann.

In dem Sinne setzen wir die Debatte sicherlich an anderer Stelle fort. Haushaltstechnisch ist das nicht der Hauptbatzen, den wir hier diskutieren. Insofern lasse ich auch noch ein bisschen Zeit, dann können die anderen über die wichtigen Fragen weiter diskutieren. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist legitim, dass man sich bei Haushaltsberatungen, die auch immer ein bisschen den Charakter von Generaldebatten haben, in den einzelnen Fachbereichen kritisch auseinandersetzt, vonseiten der Opposition auch mit Vorhaben der Regierung, zu denen man nachfragt. Das ist keine Majestätsbeleidigung, das ist selbstverständliche Aufgabe, die eine Opposition wahrzunehmen hat.

Ungeachtet dessen gelingt es – mein Vorredner hat darauf hingewiesen – gerade in der Medienpolitik häufiger einmal, Dinge gemeinsam zu tun. Deshalb bin ich schon sehr froh und stolz, wie wir das Ende letzten Jahres mit dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hinbekommen haben. Es war ein langer Diskussionsprozess mit vielen Anhörungen und unterschiedlichen Auffassungen. Aber letzten Endes hatten wir in diesem Land doch ein einheitliches Abstimmungsverhalten bei dem Staatsvertrag – auch unter Würdigung der Kritikpunkte, die es dabei gab.

Nun zu der Frage des Haushalts. Die Medienpolitik wird ja am stärksten vonseiten des Staatssekretärs artikuliert, der für diesen Bereich zuständig ist. Er ist auch am meisten mit diesem Thema in der Presse präsent. Daher schauen wir gerne einmal, was es in

diesem Bereich an Ankündigungen aus der letzten Zeit gibt und was aus diesen Ankündigungen geworden ist.

Vom 23. März 2011 – also noch gar nicht so lange her – gibt es eine Pressemitteilung zum Stopp von Googles digitalen Bücherplänen, in der die Entwicklung begrüßt wird. Ja, schön, richtig – aber konkrete Konsequenzen gibt es für das Land dann keine. Hätten Sie, als SPD und Grüne früher in der Verantwortung waren, Bibliotheken nicht ausbluten lassen, würden wir wahrscheinlich heute über die Frage der Bibliotheken und der Digitalisierung der Bücherwelt anders diskutieren. Dank der Anstrengungen der schwarz-gelben Landesregierung in den letzten fünf Jahren aber haben wir die Bibliotheken im Haushalt wieder aufgewertet und ihnen einen Rahmen einräumen können, der ihnen den entsprechenden Stellenwert zumisst und der dem Ansatz entspricht, dass der technische Fortschritt Einzug in die bibliothekarische Arbeit gehalten hat. Das waren praktische Maßnahmen, die dem Kulturbereich da geholfen haben, wo es für Medien relevant ist. Wir haben also gehandelt, obwohl auch in den letzten Jahren genügend Konsolidierungsdruck bestand.

Dann gibt es eine Nachricht vom 17. März 2011:

„Eumann hält finanzielle und technologische Anreize für mögliche Wege, um ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Programm beim privaten Rundfunk zu sichern.“

Das hat er ja in ähnlicher Weise auch schon bei der Jubiläumsfeier der RTL-Journalistenschule im Februar deutlich gemacht. Wir finden das eine interessante Diskussion und haben deswegen bei der Regierung nachgefragt, was wir uns darunter ganz konkret vorstellen dürfen.

Quasi warm aus dem Drucker kommt jetzt zu dieser Plenardebatte dann auch die Antwort. Doch von dieser waren wir – das muss ich sagen – beim ersten Lesen doch sehr enttäuscht; und ein zweites Mal muss ich das angesichts des Umfangs bzw. Nichtumfangs der Antwort nicht lesen. Wie wenig konkret ist doch das, was nun schon mehrfach öffentlich vollmundig angekündigt wurde!

Dabei muss man doch Antworten geben auf all die Fragen, die wir nun einmal stellen, wenn vonseiten der Regierung die Auseinandersetzung mit dem Thema so öffentlich gesucht wird. Wir haben nachgefragt, welche Pläne es genau zur Umsetzung gibt, welchen Termin es für die Umsetzung der Ankündigungen gibt, was die Landesregierung unter ihrer Ankündigung flexibler Formen von Werbung versteht und was sie insofern mit anderen Bundesländern abgestimmt hat. Doch es gibt nur eine Zusammenfassung dieser vier Fragen und eine ganz kurze Antwort, die in der Feststellung mündet, die politische Willensbildung der Landesregierung sei hierzu noch nicht abgeschlossen. Vielleicht sollten Sie ein bisschen weniger ankündigen und ein biss-

chen mehr an Konzepten liefern, sodass wir miteinander diskutieren könnten. Das wäre in der Sache nicht schlecht. Denn sicherlich sind insofern auch gute Ideen, wie zukünftig der Medienstandort Nordrhein-Westfalen aussehen könnte, vorhanden, über die man miteinander sprechen kann. Aber erst einmal müssten Sie ein Konzept liefern, Leistung zeigen – dann reden wir gerne über die unter den Fraktionen unterschiedlichen Vorstellungen, wie man das beflügeln kann.

Ein anderes wichtiges Thema ist in diesem Zusammenhang sicher die Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch dazu gibt es von unserem Staatssekretär so einige Veröffentlichungen. Ich habe mir bewusst einmal auch den Zeitraum vor dem Beginn seines aktuellen Amtes angeschaut, also die Zeit vor der Landtagswahl 2010. Da findet man vom heutigen Staatssekretär schon so einiges zur Frage der Rundfunkfinanzierung, auch auf seiner eigenen Internetseite „www.eumann.de“.

(Zuruf von Staatssekretär Marc Jan Eumann)

– Ja, man muss sich ja immer informieren! – Da sagen Sie also, Herr Eumann:

„Ich plädiere dafür, dass mit der Umsetzung des neuen Gebührenmodells, wie immer es dann konkret ausgestaltet sein wird, Schluss ist mit der Werbung bei ARD und ZDF.“

So ist das nachlesbar, und zwar bis heute. Wenn das so richtig ist, Herr Staatssekretär, dann können wir Sie ja zur nächsten Expertenanhörung einladen, wo Sie dann für die FDP und ihre Initiativen und Anträge im Landtag federführend das Wort ergreifen. Wir haben die Debatte ja in diesem Haus entsprechend geführt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kuschke zulassen?

Ralf Witzel (FDP): Von Herrn Kuschke jederzeit gerne.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege Witzel, Sie stürzen mich wieder in Verwirrung: Vorhin wurde bemängelt, dass die Landesregierung nicht innovativ und kreativ sei – und ich unterstelle, dass Sie Herrn Staatssekretär Eumann gerade in einen solchen Zusammenhang eingeordnet haben –, doch jetzt kommen wieder kritische Untertöne. Sie müssen sich jetzt schon einmal entscheiden!

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege Kuschke, ich traue mir durchaus zu, differenzieren zu können. Ich habe daher – und ich finde, das ist Zeichen einer sehr sachorientierten Auseinandersetzung mit diesem Politikfeld – Bereiche identifiziert, in denen ich sehe, dass über Fraktionsgrenzen hinaus Kooperationsmöglichkeiten bestehen, und zwar auch Möglichkeiten für die Opposition zur Kooperation mit der Regierung. Das waren meine letzten Ausführungen, die dem Kollegen Eumann und der Landesregierung signalisieren sollten, dass man – wenn das, was ich zitiert habe, nicht nur seine Privatmeinung, sondern Kurs dieser Regierung ist – gemeinsam daran arbeiten kann, das öffentlich-rechtliche Programm werbefrei zu gestalten. Wir arbeiten an diesem Ziel gerne konstruktiv mit; das haben wir Ihnen auch mit entsprechenden Landtagsdrucksachen unterlegt und verdeutlicht.

Das heißt umgekehrt aber auch ... Herr Kuschke, ich wollte gerade Ihre Frage beantworten, auch wenn Sie nun im Gespräch sind. Es war Zeichen meines Respekts Ihnen gegenüber, die von Ihnen gestellte Frage zu beantworten. – Das heißt umgekehrt aber auch, dass wir, wenn bestimmte Ankündigungen auf Politikfeldern vorgenommen werden, die ich zu Beginn meiner Rede skizziert habe, nachfragen. Wir fragen vor dem Hintergrund unserer Prüfung nach, ob man auch da gemeinsam für das Land vorankommen kann. Wenn dann aber wenig an Konzepten und Substanz nachgeliefert wird, dann muss man das auch kritisieren.

Ich halte es für richtig, wenn eine Regierung Konzepte kommuniziert und keine Politik der Ankündigung mit Sprechblasen betreibt. Man muss sich im Einzelfall anschauen, an welcher Stelle man gemeinsam für den Medienstandort NRW vorankommt und an welcher nicht. Wo wir die Ankündigungen der Landesregierung für sehr dünn halten, haben wir das identifiziert. Die Stellen, an denen wir durchaus Möglichkeiten zur Verständigung sehen, habe ich eben in meinen letzten Äußerungen deutlich gemacht.

Zu dem Komplex der Rundfunkfinanzierung hat sich auch die Ministerin in der Debatte über unseren FDP-Antrag eingelassen. Von der Kurzfristigkeit, mit der Sie dieses Ziel erreichen wollen und wo Sie in Ihren Zielsetzungen sehr ambitioniert waren, ist jetzt nicht mehr die Rede. Da sieht man schon Unterschiede zu dem, was Staatssekretär Eumann angekündigt hat. Genau das Gegenteil ist der Fall. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich auf das entsprechende Plenarprotokoll vom 25. Februar 2011 hinweisen und Ministerin Schwall-Düren zitieren, die gesagt hat: Die Umsetzung ist nicht so einfach; denn man muss die Auswirkungen des Wegfalls der Werbung auch berücksichtigen.

An anderer Stelle heißt es:

„Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP, zum gegebenen Zeitpunkt gehen wir den Weg zur Werbefreiheit gerne mit Ihnen weiter, nämlich dann, wenn es möglich sein wird, auf anderem Wege eine auskömmliche Finanzierung des Qualitätsrundfunks in bekannter Vielfalt zu gewährleisten.“

Frau Ministerin, nach Ansicht Ihres Staatssekretärs, seines Zeichens auch Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand und damit auch bundesweit tätig, wenn ich das richtig sehe, wären sowohl der Zeitpunkt als auch die Ausgestaltung des Staatsvertrages völlig egal für diese Diskussion. Eigentlich ist Zeit gewesen, die Angelegenheit jetzt im Zusammenhang mit der Neuordnung der Finanzierung so zu regeln. Herr Eumann, so hatte ich Sie dazu in der Vergangenheit jedenfalls immer verstanden.

Damit sind wir bei einem weiteren wichtigen Punkt, nämlich den aktuell laufenden Beratungen zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Auch dazu haben wir in den letzten Wochen intensiv diskutiert. Wir haben vonseiten der FDP-Landtagsfraktion immer deutlich gemacht, dass wir uns den Diskussionsprozess der Beratung in den nächsten Wochen ergebnisoffen anschauen wollen. Wir haben die Punkte herausgestellt, von denen wir glauben, sie sind Aufgabe des Parlamentes. Wir haben Punkte herausgestellt, bei denen Probleme bestehen, die schlecht verhandelt worden sind und bei denen aus unserer Sicht Nachbesserungsbedarf besteht. Das sind genau die Fallkonstellationen, die zulasten der Wirtschaft – der kleinen und mittleren Betriebe – künftig zu Mehrbelastungen beim Modell der Medienabgabe führen würden.

Sie haben eine Reihe von Fallkonstellationen, bei denen das so ist. Ich will gar nicht auf die Einzelbeispiele der Expertenanhörung eingehen. Teilweise wurden Unternehmensbilder gezeichnet, die eine Mehrbelastung von 500 bis 700 % bedeuten. Das sind sicherlich Ausreißer. Bei der betrieblichen Praxis finden Sie aber eine Reihe von Unternehmen, die eine Verdreifachung der Kosten hinnehmen müssen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kuschke zulassen?

Ralf Witzel (FDP): Von Herrn Kuschke immer. Wenn ich eben „immer“ gesagt habe, gilt das auch für eine weitere Frage an diesem Tag.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege Witzel, können Sie bestätigen, dass die Vorarbeiten zu dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag, über den Sie jetzt sprechen, nach meinem Erinnerungsstand in den Jahren 2007/2008 begonnen haben? Erinnern wir uns noch daran, welche Landesregierung wir damals hatten?

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege Kuschke, das kann ich Ihnen ausdrücklich bestätigen. Rundfunkänderungsstaatsverträge haben einen langen Vorlauf. Wie ich es an anderer Stelle auch immer sehr glaubwürdig getan habe, möchte ich Ihnen in Beantwortung Ihrer Frage sagen: Für unsere Fraktion gilt unverändert der Grundgedanke, den wir damals hatten und der jetzt für die aktuellen Neuregelungen behauptet wird. Dieser Grundgedanke besteht in einer Flatrate. Wir machen die Gebührenerhebung nicht von der Art des Empfangsgeräts oder von der Frage des Standortes abhängig. Jemand kann eigentlich nur einmal die Dienstleistung nutzen, unabhängig davon, welchen technischen Verbreitungsweg und welches Empfangsgerät man nutzt. Dafür zahlt man einmal und hat mit der Flatrate alles erledigt. Diesen Grundgedanken, den wir schon im Jahr 2007 hatten, unterstützen wir weiterhin ausdrücklich.

Herr Kuschke, Sie haben die Umsetzung des Grundgedankens mit Rot-Grün in den letzten Monaten schlussverhandelt, als parafiert wurde. Das gehört auch zur Wahrheit. Man muss fragen, warum es auf der Zielgeraden bei allen Verbesserungen im Detail ...

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

– Nein, Herr Kuschke, das gebe ich zu. Ich will das ganz differenziert sehen.

Es hat noch Nachbesserungen gegeben. Aber die ganz große Chance, eine Flatrate pur zu machen, haben wir nicht genutzt. Wir haben eine Heranziehung für die Zweitwohnsitze. Wir unterscheiden zwischen der beruflichen und der privaten Sphäre. Aber gerade für kleinere und mittlere Betriebe gibt es viele Konstellationen, bei denen es zu einer Kostenexplosion kommt. Deshalb ist in der Regierungsverantwortung von SPD und Grünen in den letzten Monaten auf der Zielgeraden nicht sauber gearbeitet worden. Es hätte mehr erreicht werden müssen, wenn der Grundgedanke des neuen Modells auch unsere Sympathie findet. So dürfen Sie meine Ausführungen verstehen, Herr Kuschke.

Es ist über Medienkompetenz und den Medienkompetenzführerschein gesprochen worden. Für uns ist Medienkompetenz ein ganz wichtiges Thema. Wir wollen als Liberale eine freie Gesellschaft. Zu einer freien Gesellschaft gehört die Kompetenz der Nutzer genauso wie der Jugendschutz und die besondere Verantwortung, die wir in der digitalen Welt mit ihren Chancen und Risiken haben. Deshalb kann

ich mich dem anschließen, was von meinen Vorrednern gesagt worden ist.

Es ist schon etwas schade, dass im Einzelplan 02 unter dem Haushaltstitel 526 60 der Aufwuchs für den Medienkompetenzführerschein mit 250.000 € ausgewiesen wird, ohne dass zugleich ein konkretes Konzept hinterlegt ist. Es ist nicht klar, wofür und mit welcher Erfolgsprognose das Geld ausgegeben wird. Wir haben das in den Berichterstattergesprächen abgefragt. Wir wollten die Informationen noch bekommen und durften für uns feststellen, dass an dieser Stelle relativ wenig konzeptionell nachgeliefert werden konnte. Für uns ist Medienkompetenz wichtig. Deshalb widerspreche ich der Aussage, wir hätten Programme von früher abgeschafft. Das haben wir nicht. Wir haben mit Schwarz-Gelb eine Neuausrichtung von Konzepten vorgenommen. Darauf lege ich großen Wert.

Zusammenfassend darf ich sagen. Wir werden die Politik im Medienbereich in den nächsten vier Jahren der Legislaturperiode gern weiterhin kritisch begleiten und uns dort einbringen, wo wir gemeinsame Ziele haben, um den Medienstandort Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

Ich darf mit dem Hinweis auf die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom 15. September 2010 schließen. An dieser Stelle schließt sich der Kreis. Damals sagte sie:

„Tun was man sagt – sagen was man tut.“ Diese Worte von Johannes Rau sagen alles darüber aus, was die Einwohner unseres Landes von uns erwarten.“

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie jetzt in den Bereichen leisten und liefern, in denen Sie viele Ideen noch nicht konkretisiert haben. Das behalten wir weiter im Blick und werden unsererseits nicht müde, Ihnen hier auch zukünftig regelmäßig unsere eigenen Vorstellungen zur Medienpolitik zu präsentieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, ich habe mich nicht mit Frau Verpoorten zu einigen Gläschen Eierlikör getroffen und meine Rede abgesprochen, wenngleich sicherlich einige Problemschilderungen ähnlich klingen werden. Aber das liegt einfach in der Natur der Sache und den Mängeln, die derzeit in der Medienpolitik des Landes herrschen.

Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich gern aus dem Erläuterungsband zu diesem Haushaltstitel zitieren:

„Der Gesamtansatz des Kapitels ist gegenüber 2010 um 500.000 € angehoben worden. Dieser Anstieg ist insbesondere vorgesehen für die Förderung von Medienkompetenz.“

Und nun möchte ich gern an die unterhaltsame Diskussion im Haupt- und Medienausschuss erinnern, in deren Verlauf eigentlich geklärt werden sollte, was die Landesregierung denn genau zu unternehmen gedenke, um die Medienkompetenz zu fördern. Ich sage deshalb „unterhaltsame Diskussion“, weil es schon Spaß gemacht hat, mitzubekommen, wie die geschätzte Kollegin Vepoorten nicht müde wurde, immer wieder nachzufragen, mit welchen Maßnahmen denn die Medienkompetenz bei wem gestärkt werden soll, und der Herr Staatssekretär immer wieder versucht hat, an dieser Frage vorbei zu antworten.

(Zuruf von der SPD: Nein, er hat sehr geduldig geantwortet! – Britta Altenkamp [SPD]: Da hat Herr Eumann pädagogisches Geschick bewiesen!)

– Ob das pädagogische Geschick war, Frau Altenkamp, das weiß ich nicht.

Schließlich und endlich musste Herr Eumann aber doch zugeben, dass man einen konkreten Haushaltstitel um 250.000 € erhöhen will, ohne dass ein Konzept vorhanden wäre, aus dem hervorgeht, was man denn nun eigentlich genau mit dem Geld machen will.

Auch wenn meine Fraktion es grundsätzlich sehr begrüßt, dass die Landesregierung Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz anstoßen will, scheint es doch ein merkwürdiges Vorgehen zu sein, wenn mal eben 250.000 € für einen Haushaltstitel eingestellt werden sollen und erst danach ein Konzept erarbeitet wird. Versuchen Sie mal, zu einer Bank zu gehen und einen Existenzgründungskredit zu beantragen: Wenn Sie dann sagen, dass Sie Ihr Konzept erst vorlegen, wenn Sie das Geld haben, wird man Ihnen sehr schnell den Ausgang zeigen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Ohne die wichtige Arbeit der Filmstiftung schmälern zu wollen, ist mir nicht ganz ersichtlich, weshalb der großzügig bemessene Etat dieser Einrichtung nochmals um 200.000 € erhöht wird, vor allem wenn man bedenkt, dass die Filmstiftung neben ihren anderen Aktivitäten auch die Digitalisierung von Kinos fördert, allerdings nur – und hier liegt das Problem – die Digitalisierung von gewerblichen Kinos. Die kommunalen Kinos bleiben außen vor. Aber gerade diese kommunalen Kinos sind wichtig für kleine Städte, die von Großstädten mit uniformen Multiplexen umgeben sind. Es gibt nämlich genug Menschen, die für einen Kinobesuch nicht aus ihrer Stadt herauswollen, und es gibt auch genug Personen, die Multiplexkinos einfach per se ablehnen.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn die kommunalen Kinos nicht dabei unterstützt werden, ihre Kinos an den technischen Fortschritt – sprich: die Digitalisierung – anzupassen, fallen sie immer weiter ab und sind schließlich in ihrer Existenz bedroht; denn in einigen Jahren wird es keine Filmrollen mehr geben – in ca. fünf Jahren wird man in NRW digitalisiert sein –, die Filme werden dann auf digitalen Datenträgern ausgeliefert. Ohne die passende Technik kann man Kinos nur noch schließen.

Kommunale Kinos sind freiwillige Leistungen der Städte, und dafür dürfen viele Städte kein Geld mehr ausgeben. Um dem entgegenzuwirken, haben wir einen Antrag eingebracht: Wir wollen zunächst vier kommunale Kinos aufrüsten und dies in den darauffolgenden Jahren weiter fortführen.

(Beifall von der LINKEN)

Auch wenn es in den bisherigen Beratungen keine Mehrheit für unseren Antrag gab, möchte ich daran erinnern, dass die kommunalen Kinos wichtige Bestandteile der Filmkultur sind, und wir hoffen, dass die Landesregierung sie nicht im Regen stehen lassen wird und eine andere Lösung findet.

Im Übrigen ist es so: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierende Verfolgung waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch. Die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke für Ihre Geduld.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Michalowsky. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein führender Medienstandort in Deutschland und Europa. Diese Rolle fällt dem Land aber nicht einfach so in den Schoß. Das kreative und technologische Potenzial im Land muss auch weiterhin gestärkt und gefördert werden, denn es bietet große Wachstumschancen und kann auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten, damit die gesamtwirtschaftliche Störung nachhaltig unterbunden werden kann.

Deshalb ist für das Haushaltsjahr 2010 auch der Gesamtansatz des Kapitels gegenüber dem Vorjahr um 430.000 € angehoben worden. Für den Bereich Medien und Telekommunikation finden sich die Schwerpunktsetzungen in folgenden Ansatzserhöhungen wieder – Sie haben es schon bemerkt –: bei der Medienkompetenz plus 250.000 € und bei der Filmstiftung plus 200.000 €.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will die Medienkompetenz stärken, auch wenn es in unserem Land bereits viele beeindruckende medienpädagogische Angebote gibt. Mein Haus engagiert sich mit Informationsmaterialien für Bürger und Bürgerinnen, mit Vernetzungsangeboten für Multiplikatoren, mit medienpädagogischen Veranstaltungen, die aktuelle Themen aufgreifen wie zum Beispiel im letzten Jahr der „Social Community Day“.

Darüber hinaus gibt es auch beeindruckende medienpädagogische Anstrengungen in der Jugendarbeit oder in der Schule. Aber – das hat Frau Verpoorten durchaus sehr eindrucksvoll dargelegt – es besteht nach wie vor die große Notwendigkeit, sehr viel mehr für die Medienkompetenz in unserem Land, bei unserer Bevölkerung zu tun. Aktuelle Studien zeigen nämlich, dass die Medienkompetenz der einzelnen Kinder und Jugendlichen sehr unterschiedlich ausgeprägt ist; manche Kinder sind sehr gut, manche haben große Defizite. Wie souverän Kinder mit Medien umgehen, hängt vom Elternhaus und vom Freundeskreis ab.

Diese Entwicklung ist gefährlich: Wir dürfen keine digitale Spaltung in unserem Land zulassen, jedes Kind muss Zugang zu Medien und Medienbildung haben. Wir wollen beste Chancen für alle Kinder in unserem Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dabei geht es nicht nur um technische Fragen, sondern auch um die Fähigkeit, mit den Medien kritisch, selbstbewusst und mündig umgehen zu können. Deswegen wollen wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich verstärken. Dabei setzen wir vor allem auf die einzige Bildungsinstitution, die alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land erreicht, die Schule.

Die Vermittlung von Medienkompetenz stellt dabei Lehrerinnen und Lehrer vor große Herausforderungen. Viele Lehrer und Lehrerinnen sind wie andere Erwachsene und viele Eltern „Digital Immigrants“. Sie müssen nicht nur das Medienverhalten der Kinder und Jugendlichen verstehen, sondern zudem Medienkompetenz in pädagogische Konzepte umsetzen.

Unser Ziel ist es, Lehrerinnen und Lehrer bei dieser Herausforderung zu unterstützen und die strukturellen Grundlagen für die Vermittlung von Medienkompetenz zu verbessern. Darüber hinaus soll diese Vermittlung der Medienkompetenz in der außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit noch stärker verankert werden.

Das sind große Ziele – Ziele, die es notwendig machen, eng zusammenzuarbeiten. Deswegen stehen hinter unserer jüngsten Initiative neben meinem Haus auch das Schul- und das Jugendministerium sowie die Landesanstalt für Medien und die Medienberatung Nordrhein-Westfalen. Wir suchen den engen Austausch mit Eltern, Lehrerinnen und Leh-

ren, Fachkräften der Jugendarbeit, Wissenschaft und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen einen umfassenden Ansatz. Das ist auch die Erklärung, warum Sie heute noch kein Konzept auf dem Tisch liegen haben. Wir werden das nämlich erneut in einem Open-Government-Prozess organisieren, in dem Standards und Kriterien erarbeitet werden. Für die Erarbeitung dieses Konzepts brauchen wir dann auch die Haushaltsmittel.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Möchten Sie die zulassen?

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Ich muss dringend nach Berlin. Ich sage das, damit ich noch einen Flieger bekomme. Ich habe das vorhin schon gesagt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Der Kollege verzichtet.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Ich bitte, meinen Ausführungen weiter zuzuhören. Vielleicht erübrigt sich dann die Frage.

Der Landtag hat in der Vergangenheit schon eine Vielzahl von Initiativen zu diesem Thema ergriffen, unter anderem in 2007 einen fraktionsübergreifenden Antrag, den ich jetzt nicht zitieren werde, der aber aus meiner Sicht heute noch gilt, hinter den wir uns alle stellen können. Deswegen bin ich überzeugt, dass es möglich ist, diese große Aufgabe auch gemeinsam anzugehen. Wenn wir dann mit den ersten Ergebnissen aus der Arbeit der Experten – zu der alle gehören: die Nutzer wie diejenigen, die die Medien füllen – kommen, dann werden wir gemeinsam beraten können.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Filmstiftung. Wir haben im Koalitionsvertrag bereits beschlossen, die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen zu einem integrierten Förderhaus für die gesamte Medien- und Kreativwirtschaft zu erweitern. Damit setzen wir einen wichtigen Wachstumsimpuls auf dem Wachstumsmarkt der digitalen Medien in Nordrhein-Westfalen, denn die Bedeutung dieser Medien nimmt stetig zu. Online-Werbung, für die meisten digitalen Geschäftsmodelle ein entscheidender Umsatzträger, wird in den kommenden fünf Jahren durchschnittliche Zuwächse von 12,5 % erreichen können. Das ist mehr als in jedem anderen Mediensegment.

Wir werden uns hier auch mit der Filmstiftung engagieren, damit eine Vernetzung, eine Verknüpfung der verschiedenen Aktivitäten erfolgen kann. Die Filmstiftung ist eine der finanzstärksten Landesför-

derungen in Deutschland, nicht zuletzt durch die übrigen Gesellschafter, insbesondere den WDR. Insgesamt stellen alle Gesellschafter der Filmstiftung in 2010 bereits über 39 Millionen € für ihre satzungsgemäßen Aufgaben zur Verfügung. Über die großen Erfolge der Filmförderung ist schon gesprochen worden.

Meine Damen und Herren, das Medienforum Nordrhein-Westfalen ist einer der bedeutendsten Medienkongresse in Deutschland und Europa, der seit 1989 einmal jährlich stattfindet. Zu Veranstaltungen werden 3.500 Fachbesucherinnen aus dem In- und Ausland, Medienmacherinnen, Manager, Produzentinnen, Publizisten und Politikerinnen erwartet. Das Forum ist eine Veranstaltung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, gefördert durch das Land, konzipiert und durchgeführt von der LfM Nova GmbH. Auch dies ist ein Beitrag, unseren Medienstandort zu stärken.

Dass die Haushaltsdebatte, Herr Witzel, nicht der Zeitpunkt und der Ort ist, um die Debatte über den Rundfunkstaatsvertrag erneut aufzugreifen, wie wir das schon bei der Einbringung getan haben, werden Sie verstehen. Das werden wir in den Ausschüssen fortsetzen, und wir werden in den weiteren Beratungen gerne auch auf Ihre Argumente eingehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ende dieser in Bezug auf den Einzelplan 02 historisch einmalig langen Debatte zur zweiten Lesung eines Landeshaushalts zeigt meines Erachtens zweierlei: zum einen, wie groß das politische Interesse und auch die Bedeutung der Ressortbereiche einzuschätzen sind, die die Ministerpräsidentin in ihrem eigenen Geschäftsbereich wahrnimmt, zum anderen, dass bei aller gebotenen und notwendigen Auseinandersetzung parteiübergreifend viele inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den Vorstellungen der Regierung und der sie tragenden Fraktionen bestehen.

Dass über die Wege und die zur Erreichung der Ziele einzusetzenden Finanzmittel nicht immer Konsens besteht und auch nicht herbeigeführt werden kann, gehört ebenso zu den Spielregeln wie die eine oder andere Position, bei der sich die Meinungen sogar diametral gegenüberstehen.

Ich bedanke mich jedenfalls herzlich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir heute gleich viermal geschenkt haben. Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schwall-Düren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Beratungen zum Einzelplan 02.

Damit können wir über den Einzelplan 02 abstimmen, und zwar in der Fassung der Beschlussemp-

fehlung Drucksache 15/1702. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke an dieser Abstimmung die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1702 angenommen** und der **Einzelplan 02 verabschiedet**.

(Unruhe)

– Ich bitte Sie, wenn Sie sich etwas zu sagen haben, das nicht quer durch den Raum, sondern im Anschluss an die nächste Abstimmung persönlich gegenüber den Kolleginnen und Kollegen zu tun.

Da die Beratung zum Einzelplan 03 in der abstimmungsfreien Zeit abgeschlossen wurde, müssen wir jetzt die Abstimmung über den Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales – nachholen. Wir stimmen ab über den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 15/1703. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. – Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch hier bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke an dieser Abstimmung der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1703 angenommen** und der **Einzelplan 03 verabschiedet**, und wir können diesen Teil der Tagesordnung verlassen.

(Unruhe)

– Wenn jemand den Raum verlassen möchte, dann bitte ich, das jetzt zu tun, und ich warte so lange, bis wieder Ruhe einkehrt. – Das Präsidium wäre Ihnen sehr verbunden, dies zügig zu tun, weil der eigentliche Hauptzweck unserer Zusammenkunft hier im Plenarsaal die Beratung der Einzelpläne ist.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1705.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Prof. Dr. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir reden jetzt zum ersten Mal seit Dezember 2009, also seit fast anderthalb Jahren, im Landtag über einen Schulhaushalt in unserem Land. Die zweite Lesung des letzten Haushaltsge-